

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1. - M. monatlich 2. - M. ...

Anzeigenpreis:

Die gehobene Anzeigenpreise ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 15. Februar 1922

Vormwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor der Entscheidung.

Manöver der letzten Stunde. - Krise? - Auflösung?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern ...

1. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der ...

Die Herren von der Demokratischen Partei, die jenes ...

Die Deutsche Volkspartei hat es gerade in der letzten ...

Hat die Deutsche Volkspartei wirklich, zwei Tage nach ...

Auch die Sozialdemokratische Partei war von dem, was ...

Eine solche Krise ist eine Lotterie, bei der die Rechtsparteien ...

sozial Wenn und Aber, würde nicht hinter den Kulissen ...

Was wird das Ergebnis der heutigen Abstimmung sein? ...

Das gilt um so mehr, als im Reichstag und im Volke ...

Der unmögliche Versuch der letzten Stunde, die große ...

Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihren gestrigen ...

Beschluß der Unabhängigen Reichstagsfraktion.

In später Abendstunde faßte die Fraktion der USPD. den ...

Die Besprechung in der Reichskanzlei.

Von den Vorgängen des gestrigen Tages geben die B.Z. ...

rungsparteien beim Reichskanzler waren außer den beiden sozial- ...

Wir glauben an diese Ueberraschung nicht. Hätte Herr ...

Was will die Volkspartei?

Ueber diese Frage verbreitete sich der volksparteiliche ...

Ganz falsch hat man es so dargestellt, als ob wir durch ...

Während Herr Bildemeister in Hamburg so große Töne ...

Reichstagsauflösung?

Bochum, 14. Februar. (M.B.) Der hier abgehaltene ...

Wirtschaftsbeihilfen für Beamte.

Berlin, 14. Februar. (M.B.) Im Reichsfinanzministerium ...

Verärgerung als politische Richtung.

Wie die Reichsgewerkschaft ihre Mitglieder erzieht. ...

## „Unpolitischer“ Agrarierzirkus.

Im Zirkus Busch veranstaltete am Dienstag der Brandenburgische Landbund eine „Landvolktagung“. Der Besuch war außerordentlich stark. Die teuren Eisenbahnpreise spielen für das Fortemmonnaie der notleidenden Agrarier ebenfalls eine Rolle, wie die Preise der Schieber- und Schlemmerlokale in der Friedrichstraße, wo man sie nach geschlossener Tagung zu Hunderten enden sehen konnte. Der Andrang war so groß, daß außer dem Zirkus Busch noch zwei weitere Säle für Parallelsammlungen gemietet werden mußten. Wertwändig, zu einer Zeit, wo die wirklich darben- de Bevölkerung sich selbst Reisen aus dringenden Familien- gründen nicht mehr leisten kann, kommen die brandenbur- gischen Agrarier zu sechs- und siebentausend nach Berlin herein. Es muß ihnen wirklich sehr schlecht gehen.

Ueber den Verlauf der Tagung braucht für den, der die Tonart solcher Veranstaltungen kennt, nichts weiter berichtet zu werden. Der Agrarierzirkus bot genau das gleiche Ge- präge wie zu den Zeiten, wo er den Veranstaltungen des Bundes der Landwirte diente. Der Provinzialabteilende Nikolas erklärte, daß der Landbund „politisch neutral“ sei, und die Versammlung bestätigte das, indem sie bei jeder Ge- legenheit „Raus mit den Juden!“ und bei der Erwäh- nung der Sozialdemokratie „Schlagt die Hunde tot!“ brüllte. Diese Befindungen echt neutraler Gesinnung unter- strich Herr Nikolas, indem er bei einem Zitat des „Vorwärts“ erwähnte, daß man von den Feinden fern sein könne.

Neben diesem „idealen“ Zweck kam der materielle Zweck nicht zu kurz: Der Schrei nach Herstellung völliger Bucherfreiheit durch Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft fand ein braunes Beifallschloß in der Versammlung. Kurz und bündig erklärte Herr Nikolas: „Jede Umlage lehnen wir ab, eine zweite Umlage werden wir uns nicht gefallen lassen.“ — Dabei sind es die Führer des Landbundes ge- wesen, die feinerzeit selber das Umlageverfahren als Erlaß für die Zwangsbewirtschaftung angeboten haben. Der Appetit kommt den Herren mit dem Essen. „Schieber und Bucherer dusden wir in unseren Reihen nicht“, erklärte Herr Nikolas, aber daß die Kartoffelpreise auf das Hundertfache des Friedenspreises gestiegen sind, schien er sehr in der Ordnung zu finden. — Die besondere Wut der Agrarier richtete sich gegen die unter Beteiligung der Regierung ge- gründete Getreide-Aktiengesellschaft. „Keinen Zentner dieser Getreidegesellschaft“ dekretierte Herr Ni- kolos, und die Versammlung echote: „Aber Prügell!“ In diesem Sinne wurde auch eine Resolution angenommen, die u. a. erklärt:

Einer solchen Getreide-Aktiengesellschaft kein Pfund Korn, keinen Balken Stroh, keinen Groschen Geld. Der heute im Zirkus Busch tagende Landvolktag erklärt sich einmütig schon heute gegen jede, auch die geringste Einschränkung freier Wirtschaftsführung im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb. Er erklärt, daß die Land- wirtschaft unter keinen Umständen weitere Fesseln tragen will und daher die von der Regierung erwogene Umlage für 1922 zu einem vollen Mißerfolg führen muß.

Das ist eine Kampfflagge in einer Form, die zeigt, bis zu welchem Grade den Herrschaften bereits der Kamm geschwollen ist. Unter solchen Umständen bedarf es kaum noch der Er- wählung, daß Herr Nikolas „rücksichtslosen Widerstand gegen die Willkür in der Steuererschöpfung“ ankündigt. Bucherfreiheit und keine Steuern zahlen — das ist allerdings ein Ideal, das schon eine Reise nach Berlin lohnt!

## Die Finanznot der Gemeinden.

Der Preussische Landtag behandelte nach Ablehnung eines kommunikativen Antrages, die Debatte über den Eisenbahn- streik als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, am Dienstag die große Anfrage Braun (Soz.) und Genossen über die Finanznot der Gemeinden, sowie die dazugehörigen Anträge. Der sozialdemo- kratische Antrag fordert das Staatsministerium auf, dafür einzu-

treten, daß die Gemeinden ihren Anteil an der Reichseinkommensteuer sofort erhalten, und daß ihnen die Möglichkeit zur Erschließung neuer Steuerquellen gegeben wird. In wirkungs- voller und sachlicher Weise begründete Genosse Hirsch den Antrag. Er führte u. a. aus:

Nicht die Erzberger'sche Finanzreform ist schuld an der Notlage der Gemeinden, wenn es auch nicht zu leugnen ist, daß das Reich bei dieser Reform zunächst an sich dachte. Wer auch immer damals Reichsfinanzminister gewesen wäre, er wäre nicht anders vorgegangen als Erzberger. Er hätte vielleicht nur die eine oder andere Einzelheit anders gestaltet. Dem Gedanken der Reichs- einkommensteuer stehen meine Freunde prinzipiell durch- aus impathisch gegenüber. Unsere Bedenken richten sich nur gegen einzelne reformbedürftige Bestimmungen. Mit dem alten Zu- schlagsrechte zur Einkommensteuer, so wie es früher war, wären die Gemeinden auch nicht weiter gekommen. Verantwortlich für das Finanzelend sind der verlorene Krieg und die Geldent- wertung. Bemerkenswert ist auch, daß sich in den Sieger- staaten die Finanzverhältnisse der Gemeinden sehr verschlechtert haben, und zwar weit dort ebenso wie bei uns, die Ausgaben für Löhne und Gehälter gewaltig gestiegen sind. Als im Januar im Reichstage das gleiche Thema erörtert wurde, empfahl Reichsfinanz- minister Hermes den Gemeinden, sich zu bescheiden und sparsam zu wirtschaften. Ein Sparmaßstab lassen es die Gemeinden wahrhaftig nicht fehlen. Haben sich doch die Gesamtausgaben der Gemeinden von 1914 bis 1921 nur um fünf bis sechs Prozent erhöht. Im Verhältnis zum Gesamtaufwande des Reichs, der Länder und der Gemeinden sind die Gemeindeausgaben von einem Drittel auf etwa ein Fünftel gefallen. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ge- meinden weiter, aus eigener Kraft der Schwierigkeiten Herr zu werden. Das ist leichter gesagt als getan. Die Gemeinden sind eben heute darauf angewiesen, was das Reich ihnen gibt bzw. an Steuer- quellen ihnen gelassen hat. Die Gemeinden wissen heute noch nicht einmal, wie hoch die Ueberweisungen aus der Einkommensteuer für das Jahr 1920 sein werden. Die Gemeinden sind die Haupt- träger bei der Lösung der großen Aufgabe des Wiederaufbaues der Nation. Es ist deshalb dringende Pflicht des Staates, sich den Ge- meinden gegenüber nicht nur als Vormund aufzuspielen. Die Selbst- verwaltung der Gemeinden darf nicht angefaßt werden. Kehren wir zurück zu den gefunden Grundrissen der Stein und Herdenberg. Die Gemeinden sind bereit, dem Reiche zu geben, was das Reiche ist. Dann muß aber auch das Reich den Gemeinden geben, was sie brauchen.

Nachdem noch die Abgeordneten Sprenges (Z.) und Martell (Dnat.) zum Thema gesprochen hatten, letzterer natürlich mit beson- deren Ausfällen gegen die Erzberger'sche Steuerreform, vertagte sich das Haus am Mittwoch 12 Uhr. Ein Antrag der Kommunisten, auf die Tagesordnung des Mittwoch die Anträge über den Eisenbahn- streik, über Amnestie und Hungerstreik zu setzen, wurde gegen Kom- munisten und Unabhängige abgelehnt.

## Die kommende Justizreform.

Bei der Beratung des Justizetats im Hauptausschuß des Reichstags nahm Reichsjustizminister Genosse Dr. Kad- bruch das Wort und führte etwa aus:

Die große Reform des Strafrechts und Straf- prozesses wird möglichst beschleunigt. Die Aufstellung des neuen Strafgesetzbuches, die der einen neuen Strafprozedurordnung und des Strafvollzugsgesetzes vorangehen soll, wird im Justizministerium vor- ausichtlich im Sommer dieses Jahres beendet sein. Inzwischen soll die Strafgerichtsverfassung den dringendsten Änderungen durch Einzelgesetze unterzogen werden, z. B. die Befugung der Gerichte erster und zweiter Instanz mit Loca, Einführung der

### Verzusage in allen Strafsachen

mit Ausnahme der Schwur- und reichsgerichtlichen Sachen. Neu- gestaltung des Verfahrens, nach dem die Laienrichter aus- gewählt werden, und da die Einführung des Strafvollzugs- gesetzes noch nicht in nächster Zeit erfolgen wird, auch die Änderung der bundesrätlichen Richtlinien für den Strafvollzug. Auf dem Ge- biete des Zivilprozesses werden das Güterverfahren und Beltragsverfahren wesentliche Punkte bilden. Das Recht der außerrechtlichen Kinder unterliegt einer Neu- regelung. Auch die Frage der Veränderung des Ehegerichtsrechtes wird geprüft. In Angriff genommen ist die Reform der juristi- schen Ausbildung.

In der Debatte verlangte Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) die stärkere Heranziehung der Arbeiterkassen zu Schöffengerichten und die Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Reichsjustizminister Dr. Kadbruch gab danach eine ausführliche Gnadenstatistik

bekannt. Danach sind bisher insgesamt 1230 Gnadenbewerke in Vorstadt gebracht worden. Außerdem ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsentlassung des Reichspräsidenten die Strafvollstreckung bei den mit nicht mehr als mit einem Jahre Freiheitsstrafe be- strafte in etwa 300 Fällen mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Gnadenbewerke unterbrochen worden. Urteile auf Zuchthaus- strafe sind 314 abgelehnt, und zwar in 302 Fällen durch Um- wandlung der Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen oder Festungs- haft, meist unter gleichzeitiger Herabsetzung der Straf- dauer. Ferner sind von den Verurteilten in zahlreichen Fällen Strafen ausgelegt und Bewährungsfristen bewilligt worden.

## Der Weltgerichtshof.

Anlässlich der feierlichen Eröffnung des Ständigen Internatio- nalen Gerichtshofes in Haag am 15. Februar hat die Deutsche Liga für Völkerbund an den Präsidenten Dr. Loder ein Schreiben gerichtet, in dem sie u. a. ausführte:

Es ist für uns schmerzhaft, daß Deutschland bei der Schaffung der großen ständigen Einrichtung des Weltgerichtshofes nicht unmittelbar beteiligt gewesen ist, wenn auch die Vorschläge des anti- tischen deutschen Völkerbundesinstituts über den Schiedsgerichtshof den Beratungen der Haager Juristenkommission mit zugrunde gelegen haben. Wäre Deutschland im Kreise der an diesem hohen Werk Mitarbeitenden vertreten gewesen, so würde die neue deutsche Regierung sicherlich das Bedürfnis gehabt haben, das Zustandekommen dieser alten Sehnsucht aller Friedens- und Völkerrechts- freunde nach ihren Kräften zu fördern. Für ihre Bereitschaft, zum Ausbau der internationalen Rechtsordnung beizutragen, hat sie jedoch durch den Abschluß des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages ein deutsches Zeugnis abgelegt.

Wir begrüßen den Beginn einer ständigen internatio- nalen Rechtsprechung als die Geburtsstunde eines neuen Völkerrechts; denn gerade aus der Entwicklung des deutschen Rechts- lebens wissen wir, was die ständige Tätigkeit eines höchsten, mit den besten Richtern besetzten Gerichts für die Gestaltung des Rechts und für die Rechtsanwendung bedeuten kann. Die Entscheidungen und Gutachten des Weltgerichtshofes, hinter dem das moralische An- sehen seiner Richter und die politische Macht des Völkerbundes stehen, können das Völkerrecht mit innerem und äußerem Zwangs- charakter ausstatten.

Unsere Wünsche, daß sich das Recht im Völkerleben immer stärker durchsetzen möge, gelten sowohl der politischen Schöpfung des Völker- bundes, ohne den der Weltgerichtshof nicht zustandekommen wäre, wie auch diesem ständigen Gerichtshof selbst, ohne den dem Völker- bund seine stärkste Stütze fehlen würde; sie gelten denen, die zu dem Erfolg geholfen haben, und schließlich denen, die ohne Unterschätzung des Erreichten unermüdet an der Erweiterung und Ver- besserung des Bestehenden nach innen und außen arbeiten werden.

Deutsche Liga für Völkerbund.

gez. J. Bernstorff, Mitglied des Reichstags,  
gez. W. Schücking, Mitglied des Reichstags,  
gez. Dr. W. Simons, Reichsminister a. D.

Hätte Bethmann bogen gelernt... Endlich ist heraus, warum wir den Krieg verloren haben. General Graf v. d. Goltz hat es auf dem Deutsch-nationalen Landesparteitag für Potsdam II vertrat. Er sprach in einem Referat über Agitation in der Jugend: „Wenn Bethmann in seiner Jugend bogen gelernt hätte, hätte er Lloyd George zum Vorkamp ge- fordert“. Sehr schön, aber doch noch nicht richtig. Hätte man nicht lieber statt der Minister die Monarchen wählen können? Man stelle sich vor, statt des Weltkrieges und dem Hinmorden von Millionen einen neuen 12-Monaten-Rat zwischen Willkür und Irrenen lieben Vetter Kiki, darauf folgend zwischen Willkür und George. — eine solche Lösung hätte sogar manchen Republikaner mit dem monarchischen Prinzip angelehnt!

Die Traktion am linken Arm. Wie die Korrespondenz B. S. meldet, hätten schon in nächster Zeit Bestimmungen herausgegeben werden, durch die die Pflege der Tradition der Truppenteile des alten Heeres in der neuen Armee gumbäglich geregelt werden wird. Dabei werden aller Voraussicht nach für die einzelnen mit der Pflege der Tradition beauftragten Verbände — Kompanien, Batterien und Schwadronen — auf dem linken Arm zu tragende Abzeichen eingeführt werden, die den Verband auch nach außen als mit der Pflege der Tradition eines Truppenteils der alten Armee beauftragt kennzeichnen. — Wir sind der Ansicht, daß solche Spielereien in der Reichswehr unterbleiben sollten.

## Der Wettkampf des Heizöls mit der Kohle.

Von Erich Reuß.

Die Nachricht, daß die Paris-Syon-Mittelmeer-Bahn, eine der Hauptbahnhilfen Frankreichs, dazu übergegangen ist, für ihre Lokomotiven die Delfeuerung einzuführen, muß den Blick erneut auf den sich steigenden Wettkampf zwischen Heizöl und Kohle in der heutigen Weltwirtschaft lenken. Die Lausche dieses Erfolges bedeutet eine neue Etappe in dem unermüdeten Schritt für Schritt geführten Ringen. Es ist nichts Neues mehr, daß fast die meisten ausländischen Schiffsbauten auf Delfeuerung eingerichtet werden, in der technischen Literatur häufen sich auch die Angaben über neue Delfeuerungen, sei es zum Betriebe von Industrieföhen oder von arbeitslosen Rüstern. Und die Bedeutung der Triebkraft des Dies wird wachsen, je mehr die Technik in der Ausnutzung der natürlichen Vorteile des Dies für bestimmte Zwecke fortschreitet.

Diese natürlichen Vorteile des Heizöls gegenüber der Kohle be- stehen zunächst in der ausschlaggebenden Tatsache, daß das Heizöl einen in sehr hohen Heizwert gegenüber der Kohle aufzuweisen hat. Das ist ein gewichtiger Vorteil bei allen Fahrzeugen, die auf die Abnahme ausreichenden Brennstoffes angewiesen sind. Auch ist die Verbrennungszeit zur Erzielung der nötigen Atmosphärenspannung eine etwa um die Hälfte kürzere beim Heizöl als bei der Kohle. Der praktische Engländer hat einmal in der Wirklichkeit einen Wett- kampf zwischen den beiden Brennstoffen in ihrer Eignung für die Schiffsheizung durchgeführt, indem er zwei Schiffe der gleichen Klasse, das eine mit Dies, das andere mit Kohlenheizung, gleich- zeitig von Southampton nach New York fahren ließ, wobei das mit Delfeuerung versehene Schiff das andere um 29 Stunden schlug. Weitere Vorteile sind die einfachere und reinlichere Handhabung des Heizöls, was wiederum Personalsparnis be- deutet, seine bequemere Lagerung und schließlich seine leichtere Transportmöglichkeit. In Amerika, das bei dem Reichtum seines Erdöls in dessen Ausnutzung bereits weit fortgeschritten ist, führen beispielsweise Kohlenleitungen von Lausenden von Kilo- metern den benötigten ständigen Brennstoff an die verzweigten Ge- brauchsstellen, ungefähr ähnlich wie durch ausgedehnte Fernleitungen der Kraftstrom von den Ueberlandzentralen auf große Versorgungs- gebiete verteilt wird.

In weitestgehender Weise hat sich das englische Weltreich auf diese neue Entwicklung eingestellt. Heute beruht seine Macht auf der Herrschaft über die Weltmeere, die sich wiederum auf den festen Ring seiner Kohlenstationen stützt. Diese Kohlenburgen aber müssen bei steigender Verwendung des Dies als Feuerungsmaterial an Be- deutung einbüßen. In ihre Stelle kann als vollwertiger Ersatz nur der über die Weltweite verstreute Besitz von Oelquellen in Frage kommen. Nun, England hat auch dieses Ziel durch den Kriegsaus- gang sichergestellt. Es hat neben seinen Kolonialfeldern in Indien, Borneo und Trinidad noch die Hand auf diejenigen von Resopo- temien, Vorken und Baku gelegt und ist an der Ausbreitung eines Teils der mexikanischen wie rumänischen Oelfelder beteiligt. In diesem Bestreben stehen die englischen Kapitalgruppen mit denen der Vereinigten Staaten scharf zusammen, die angesichts des starken Ver-

brauchs der amerikanischen Erdölager auf der Suche nach neuen rentablen Delgebieten in der übrigen Welt begriffen sind. Gleich- zeitig ringen diese in der Standard Oil Company zusammengeschlos- senen amerikanischen Kapitalisten um die Behauptung ihrer bisher auf dem Weltmarkt des Dies ausgeübten Vorherrschaft.

Deutschland ist von Natur aus nicht mit diesem Brennstoff der Zukunft gesegnet. Die wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch ge- zeigt, daß nur diejenigen Länder wirtschaftlichen Höchststand erreichen konnten, die im eigenen Lande über die nötigen Grundlagen ver- fügten. Das waren bisher Kohle und Erze. In dieser Hinsicht müßte man bei dem Fehlen des Erdöls in Deutschland trübe Zukunftsaus- sichten befürchten. Aber auch hier hat der Geist unserer Technik ver- sucht, die natürliche Schwäche durch künstliche Gewinnung auszu- gleichen. Das Heizöl läßt sich nicht nur in Kohlenform aus der Erde ge- winnen, sondern auch aus den verschiedenen Kohlenarten ab- destillieren. Man hat im Kriege in diesem Verfahren Fortschritte ge- zeigt, die bei weiterer Verbesserung die Heizölgewinnung aus Stein- oder Braunkohle immer lohnender machen werden. Da sich bei dieser Verarbeitung der Kohle aber außerdem eine große Reihe sonstiger wertvoller chemischer Nebenprodukte ergeben, so zeigt sich hier bei dem gewaltigen Wettkampf zwischen Heizöl und Kohle, daß die steigende Bedeutung des Dies trotzdem den Wert der Kohle nicht beeinträchtigt, sondern diese vielmehr durch gesteigerte technische Aus- nutzung für andere wichtige Zwecke freimacht.

Die Steuerhölle zu Dantes Zeiten. Wenn jetzt die Steuern von allen Ecken und Enden auf uns eindringen und wir vor den Lasten gar nicht aus und ein wissen, so glauben wir wohl, daß so hart wie bei uns noch nie bei einem Volk die Steuerhölle ange- zogen worden sei. Dies ist aber ganz unrichtig; der Reusch des Mittelalters seufzte noch viel schwerer unter den Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben. Ein sehr bezeichnendes Beispiel für diese „Steuer- freudigkeit“ früherer Tage bietet die Frühzeit der Florenti- ner Kultur, der der bekannte Geschichtsschreiber von Florenz Robert Davidsohn in dem soeben erschienenen ersten Teil des dritten Bandes seiner „Geschichte von Florenz“ eine inhaltsreiche Darstellung widmet. In diesem Bande erfahren wir Genaueres über die Finanzen von Florenz, die durch zahlreiche Kriege stark erschöpft wurden. Man suchte daher durch immer neue Zuschläge auf die Zölle die laufenden Einnahmen zu erhöhen. Aber das genügte nicht, und so mußte man zu den mannigfaltigsten Steuern greifen. Da gab es z. B. eine Schlachtsteuer, die 1330 nach modernem Wert 53 400 Lire ab- warf. Die Abgabe auf Bardanten der Häuser und auf überhängende Balken trug 55 000 Lire ein; die Wertssteuer von 3/4 Proz. ergab die geringe Summe von 50 000 Lire, weil die Wohlhabenden in eigenen Häusern wohnten und die Armen im allgemeinen niedrig gehalten waren. Eine besondere Steuer auf private Fried- dens'güsse mußte von denen bezahlt werden, die nach Bafge- ren sich untereinander wieder vortrugen und daher für etwaige Körperverletzungen vom Staat nicht bestraft wurden. Diese Steuer brachte sehr viel ein, und es wurde dann noch eine Steuer „der Schöngereien mit leeren Händen“ erhoben, wobei es sich also um Prügeleien ohne irgendwelche Waffen handelte. „Man kann sagen“, schreibt Davidsohn, „daß außer Luft und Wasser zuletzt ziemlich

alles gebührenpflichtig war, und neben den allgemeinen Auflagen erfuhr überdies jeder Besitz, jede menschliche Tätigkeit eine besondere Belastung durch Erwerbsteuern. Die Ladeninhaber mußten eine besondere Gebühr für das öffentliche Auslegen ihrer Waren, also eine Schaufenstersteuer, zahlen, eine weitere für jedes Sonnenstrahl. Selbst das Reinigen der Wäsche wur- 1319 besteuert, und den „Nägeln“ war eine Umlage zugedacht, die den hohen Jahresertrag von 13 000 Goldflorin lieferte. Auch die Vermögenssteuern wurden immer mehr ausgebaut. Wäh- rend man noch 1253 mit 1 Proz. der Einkünfte auskam, waren es 129 schon 8 Proz., und im Anfang des 14. Jahrhunderts stieg der Prozentsatz bis auf 33 1/2 Proz. Fürsibar hart war die Art der Steuererhebung. Ein lärmiger Jahrling, der nach der Tragung nicht innerhalb einer Woche zahlte, mußte den doppelten Betrag leisten. Pfändungen wurden mit äußerster Schärfe vorge- nommen; so es durften sogar die Wohnungen stämmiger Steuerzahler niedergehauen und beschlagnahmt werden. Wer nicht seine Steuern gezahlt hatte, durfte nicht auf die Hilfe der Gerichte rechnen, konnte zu keinem Amt zugelassen werden und wurde sogar den „Rebellen“ gleichgestellt. All diese Maßnahmen halfen aber dem Florentiner Staat doch noch auf seinen grünen Zweig, und so schritt man schließlich zu Zwangsankleihen. Obgleich die Rückzahlung dieser Anleihen ausdrücklich bestimmt war, unterließ sie doch fast stets. Aus diesen Zwangsankleihen entwickelte sich dann im Laufe des 14. Jahrhunderts ein freiwilliges Anleihenverfahren mit Ver- zinsung, das mit der Entwicklung des Bankwesens immer weiter aus- gebildet wurde.

Hunger-Briefmarken. Die Sowjetregierung hat zur Propaganda der Sammlungen für die russische Hungersnot Briefmarken ausgegeben, die auf die Hungersnot Bezug nehmen. Die Marken, die von Künstlern entworfen sind, zeigen verschiedene Bilder; eine weist eine Menge von hungrigen Waislingen auf, die in den verschiedenen Zuständen der Ermattung am Ufer eines Flusses liegen; eine andere Marke stellt einen Helfer des roten Kreuzes dar, der einen Verhungerten unter- stützt. Von diesen russischen Hungersnotmarken sind vier verschiedene Arten in Rot, Braun, Grün und Blau ausgegeben. Die Zeichnungen enthalten auch die Initialen der Sowjetrepublik, des Datum 1921 und eine Aufschrift in russischen Buchstaben, die bedeutet: „Für die Verhungerten“. Ähnliche Hungerbriefmarken wurden in China vom Dezember 1920 bis zum November 1921 ausgegeben zugunsten der Sammlung für die Hungersnot in Nordchina. Auch in Ungarn und in Oesterreich sind solche Hungerbriefmarken im letzten Jahr ge- druckt worden.

Verbindung Russlands mit ausländischer Wissenschaft und Technik. Die „Pravda“ vom 29. Januar schreibt: Ein Dekret des Rates der Volkskommission vom 22. März 1921 verordnete die Orga- nisierung eines Bureaus für ausländische Wissen- schaft und Technik. Dieses Bureau ist eine Sektion der wissen- schaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsra- tes und hat seinen Sitz in Berlin. Seine Hauptaufgabe ist die Be- kanntmachung Sowjetrusslands mit den Erfolgen und Fortschritten der europäischen und amerikanischen Wissenschaft und Technik, die Organisierung einer Verbindung mit den westeuropäischen Gelehrten und die Durchführung eines ständigen Austausches wissenschaftlicher Resultate zwischen Rußland und dem Westen. Das Bureau sorgt

## Die Verschiebung von Genua.

Die Kleine Entente hat nun gleichfalls in Rom — durch den tschechoslowakischen Gesandten — die Verschiebung der Konferenz von Genua um zwei Monate beantragt, womit Frankreich Wunsch der Erfüllung gewiß sein dürfte.

Nach dem „Temps“ hat Nordamerika London wissen lassen, daß es zum 8. März noch nicht Vertreter nach Genua schicken könne; Amerika wolle überhaupt erst die Ratifikation des Abrüstungsvertrages abwarten, ehe es sich auf eine Konferenz einlasse.

Die Londoner Beratung der alliierten Finanzminister über die deutschen Reparationsvorschläge soll auf italienischen Wunsch bis nach der Wiedereröffnung des italienischen Parlaments (am 16. d. M.) verschoben werden. Die Regierung Bonomi will natürlich erst wieder vom Parlament bestätigt sein, ehe sie an so wichtigen Verhandlungen teilnimmt.

## Franko-russischer Vertrag?

Die von Radek dem „Rat“-Vertreter Sauerwein gegenüber schon angedeutete Annäherung zwischen Paris und Moskau, wobei Moskau die Absicht vertritt, Frankreich von England etwas loszulösen, während Frankreich in Russland den Vorrang gewinnen will, findet eine rasche Bestätigung durch den Abschluß eines vorläufigen Abkommens zwischen dem französischen Außenministerium und dem Sowjetvertreter Stobelez.

Nach einer U.-Meldung entwirft ein Gewährsmann, der infolge seiner guten Beziehungen zu Sowjetrußland in der Lage ist, schon jetzt wesentliche Gesichtspunkte der vorläufigen Abmachungen zu kennen, folgendes Bild:

Das Abkommen betrifft zwei Hauptgegenstände: Einmal soll sich Russland verpflichten, seine im Versailler Friedensvertrag von der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederherstellungskonto (Reparationen), was die Exekutive dieser Rechte anlangt, an Frankreich abzutreten, und Frankreich sich für Grund dieser Rechte Russland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 800 Millionen Goldfranken aus Deutschland zu. Russland ist damit in die Lage versetzt, ohne Ausfuhr von Gold oder Waren einen großen Teil der Wiederaufbauarbeiten seines Landes auf Kosten Deutschlands zu leisten.

Dafür aber erkennt Russland im Grundsatz die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an. Das bedeutet, daß Russland in vollständige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Frankreich gelangt, und daß infolgedessen Frankreich sich ein Prioritätsrecht auf alle von Russland zu vergebenden Konzessionen sichern kann. Frankreich hat damit sich ein wirtschaftliches Vorrrecht gesichert, das in der Welt einzig dasteht.

Der Vertrag bedeutet nach Ansicht des diplomatischen Gewährsmannes den Schlüsselstein einer gegen die englische Weltmacht gerichteten Koalition aus Frankreich, Sowjetrußland, der Türkei und der mohammedanischen Bevölkerung Asiens.

## Die Genfer Konferenz.

Genf, 14. Februar. (W.Z.) Die deutsch-polnische Konferenz nahm nachmittags 4 1/2 Uhr ihren offiziellen Anfang. Präsident Calonder sprach die feste Hoffnung aus, daß der Geist der Versöhnlichkeit die Konferenz zu einem befriedigenden Ergebnis führen möge. Die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens dankten dem Präsidenten für die bisherige Leitung der Konferenz und haben ebenfalls den versöhnlichen Geist hervor, mit dem sie in die Schlussverhandlungen eintreten. Hieraus wurde die Arbeitmethode der Zollkonferenz festgelegt, die bekanntlich den andächtigen Text des deutsch-polnischen Abkommens festzustellen hat.

Am Vormittag hatte eine erste Arbeitssitzung des 11. Unterausschusses (Wanderheilschutz) stattgefunden. Nach einer eingehenden Aussprache überreichte die deutsche Abordnung dem Vertreter des Präsidenten, Herrn Colban vom Völkerbundsekretariat, einen ausführlichen Entwurf, in dem das Wanderheilsproblem im Hinblick auf Sprache, Schule und Kirche in seinen Einzelheiten behandelt wird.

vor allem für die Befestigung Russlands mit der neuesten wissenschaftlichen und technischen Literatur. Ein Exemplar aller in Russland anliegenden wissenschaftlich-technischen Bücher wird einem allgemeinen zugänglichen Lesesaal in Moskau zugewiesen. Das Bureau entwickelt auch Verlagsfähigkeit. Zurzeit wird eine technisch-wirtschaftliche Rundschau in Berlin herausgegeben, die Chroniken über die Tätigkeit der wissenschaftlich-technischen Anstalten und Gesellschaften, Vorträge, Berichte über Kongresse, Ausstellungen, Erfindungen und Patente enthält. Außer dieser Zeitschrift erscheint in zwanzigfacher Folge ein „Bulletin der Wissenschaft und Technik“, das umfassende Nachrichten einzelner Sondergebiete der Wissenschaft, Technik und Industrie bietet. Zur richtigen Lösung aller Aufgaben, die dem Bureau für ausländische Wissenschaft und Technik horren, wäre es notwendig, auch russische Gelehrte und Spezialisten nach Berlin zu schicken, die der Reise nach je drei Monate im Ausland verbrachten und die Verbindung mit den europäischen Gelehrten persönlich herstellen würden. Andererseits soll das Bureau Anstalten zur Einladung westeuropäischer Gelehrter nach Russland treffen, um die russischen Hochschullehrer zu besuchen bzw. Referate zu halten. Das Bureau besitzt auch eine Informationsabteilung, die Aufklärung in speziellen Fragen technischer Natur, sowohl auf russische Anfragen über Europa, wie auf europäische Anfragen über Russland gibt. Eine Sonderkommission ist mit dem Ankauf von wissenschaftlichen Instrumenten und Gerätschaften, von chemischen Reagenzien und ähnlichem Material betraut. „Wie wir sehen“, schließt die „Branda“ ihren Artikel, „eröffnet sich dem Bureau für ausländische Wissenschaft und Technik ein breites Feld der Tätigkeit, auf welchem die lebendige Initiative und der sichere technische Instinkt einen diesgemäßen, anpassungsfähigen und schnellen Apparat zur Orientierung Russlands und Europas über ihre gegenseitigen Möglichkeiten schaffen muß.“

Der Papst und die Gesandtschaften. Das Pariser Blatt „Oeuvre“ schreibt: Es ist in Brüssel üblich, daß, wenn die dortigen Telegraphenagenturen eine hochwichtige Nachricht erhalten, sie diese aus Höflichkeit den einzelnen fremden diplomatischen Vertretungen sofort telephonisch übermitteln. So geschah dies auch anlässlich des Todes des Papstes Benedikt XV. Doch wer es 17 Uhr morgens, und der telephonische Anruf wurde sehr verständlich aufgenommen. Der Portier der französischen Botschaft antwortete: „Der Herr Botschafter ist noch nicht nach Hause gekommen.“ Der Portier der spanischen Gesandtschaft protestierte energisch dagegen, daß man ihn so früh aufgeweckt habe. Und der Portier der amerikanischen Gesandtschaft erwiderte, auf die Todesnachricht: „Was geht mich das an?“

Die Arbeiter-Raub-Ausstellung. Venediger Str. 30, eröffnet am Sonntag, den 19. eine neue Ausstellung. In der Arbeiterkammer sind namhafte Berufsleute (Willy Bödel, Wavel Engel u. a.) ihre Werke gemeinsam ausstellen. Wer noch ausstellen möchte, melde sich umgehend im Bureau der W.A. (Telephon: Alexander 2879).

Neber Elsbredt Darrer hält am 22. d. M. am 22. d. M. abends 8 Uhr, einen öffentlichen Vortragsabend im Langendehaus, Zinkenstr. 58.

„Caroline“, ein altmodisches Lustspiel in drei Akten von Wilh. Heberich, wird am 22. seine Uraufführung am Stadttheater zu Köln.

## Die Kosten des Versailler Vertrages.

In dem dritten Band des Reichshaushaltsplanes, der dem Reichstage soeben zugegangen ist, befindet sich als gewichtiger Abschnitt der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1922. Die gesamten Aufwendungen aus dem Friedensvertrag werden mit 187 1/2 Milliarden Mark eingeseht. Diese Summe verteilt sich wie folgt: a) allgemeine Reparationsausgaben 135 Milliarden; b) Beschäftigungskosten 6 287 408 000; c) Ausgaben für interalliierte Kommissionen 1 845 565 000; d) Leistungen aus dem Friedensvertrag außerhalb der Reparation 29 723 700 000; e) Aufwendungen für das Ausgleichsjahr 18 Milliarden Mark; f) innere Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages 5 695 025 076 Mark — die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz allein erfordert 295 Millionen Mark.

## Petersdorf.

### Verhaftungen von Industrieführern.

Katowiz, 14. Februar. (W.Z.) Im Zusammenhang mit den Schieberereien in Petersdorf-Gleiwitz wurden von der Interalliierten Kommission bis jetzt 80 Personen verhaftet. Unter ihnen befinden sich der Oberregierungsrat Rosenthal, der Chef der Eisenbahnwerkstätten in Gleiwitz; der Oberbergamt Weber, der in der Gleiwitzer staatlichen Hütte beschäftigt ist und der Direktor der Hüttenwerke, Herold.

## Bezirks-Frauen-Konferenz.

Freitag, den 17. d. Mts., abends 7 Uhr, Schulaula Inselstr. 4/5 (Jannowitzbrücke—Stadtbahn, Inselbrücke—Untergrundbahn, Spittelmarkt—Straßenbahn). Tagesordnung: „Agitation und Zeilfragen“. Referent: Genossin Todenhagen.

Das Erscheinen aller Funktionärinnen, vor allem der Kreis-, Abteilungsleiterinnen, Stadt- und Bezirksverordneten, Bürgerdeputierten wird erwartet.

## Smeets unter Ententeschutz.

Köln, 14. Februar. (W.Z.) Das „Echo du Rhin“ schreibt, nachdem die Rheinlandkommission die von Smeets vorgebrachten Einwendungen wegen des Gerichtsverfahrens gegen ihn geprüft habe, habe sie bestimmt, daß die Urteile, die etwa vom Kölner Gericht ohne Ermächtigung der Rheinlandkommission gefällt würden, nicht vollzogen werden dürften. Unter diesen Bedingungen werde Smeets morgen vor der dritten Sitzungsperiode des deutschen Gerichts in Köln zur Aburteilung erscheinen.

## Mahnung an Sowjetrußland.

Im Namen des vereinigten Nationalrats, der aus der britischen Arbeiterpartei, dem Kongreß der Trade Unions und der Parlamentarischen Arbeiterpartei besteht, hat Henderson an Krasin eine Entschuldigungsübermittlung, in der es heißt, daß nur auf Grund freier demokratischer Abstimmung des interessierten Volkes eine zuverlässige und zufriedenstellende Lösung der territorialen Frage erzielt werden könne. Dieser Grundsatz müsse auf Georgien angewendet werden und der Rat werde darauf bestehen, daß die britische Regierung, die die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt habe, die georgische Frage in Genua gemäß den Grundsätzen der Demokratie zur Entscheidung bringe.

Sogar die Sowjetrußland scheint einige Selbständigkeit zu wünschen; ihre Regierung fordert in einer Entschuldigungsübermittlung, daß die von Sowjetrußland abgeschlossenen Handelsverträge nicht für die einzelnen Föderalrepubliken, insbesondere für die Sowjetrußland, verbindlich seien; vielmehr müßten diese Republiken ihre Handelsverträge mit den auswärtigen Staaten selbständig abschließen. Die Moskauer Regierung hat die Forderung der gemeinsamen Handelsgeschäfte in gewissen Ländern, z. B. der Türkei, der Sowjetrußland überlassen.

Katowitz, der gleich Radek eben Verhandlungen in Berlin gepflogen hat, reist zu gleichem Zweck nach Prag.

Sowjetrußland bereitet sich durch eingehende Beratungen von Sachverständigen auf Genua vor; angeblich soll die russische Delegation in Genua Entschuldigungsübermittlung für die Blodadeschäden verlangen. Diese Reparationsforderung an die Entente entbehrt gewiß nicht des Reizes!

Der unter dem Vorsitz Trotskis stehende Oberste Bundesoberaufsichtsrat hat durch Dekret der Sowjet-Regierung die Vollmacht erhalten, die Wiederherstellung der russischen Seemacht zu übernehmen. Zu diesem Zwecke wird dem Kriegskommissar eine besondere Marineabteilung unterstellt.

Am 9. Februar starb das Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes und des Moskauer Komitees der Ranssen-Organisation, der italienische Professor Guido Parbo am Flecktyphus, den er sich bei der Bereisung des Hungergebietes zugezogen hatte.

## Steckbrief gegen Schweiz-Tilfen.

Wien, 14. Februar. (W.Z.) Die Budapest Oberlandeshaupmannschaft hat auf Ansuchen des Offenburger Bundesgerichts einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zu Ausforschung der Genannten auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen seien.

## Auslandsrundschau.

Wegen der hohen Kosten des Sächsischen Reiches soll Deutschland bei der Entente die Ersetzung durch eine Milliz angedeutet und schon Zusagen erhalten haben. — Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ haben die Bedingungen der englischen Regierung für die Kredithilfe an Oesterreich auf einem Programm der Selbsthilfe und fordern die völlige Einstellung der Lebensmittelausfuhr, weitgehenden Abbau der Beamtenenschaft, gründliche Reform des Staatsbetriebes und Verringerung des Banknotenumlaufs.

Der finnische Innenminister Ribabouri ist einem Revolveranschlag erlegen. Es ist ein Raumann Landeitz, der niemals eine politische Rolle gespielt hat. Der Mörder wird für nicht vollzurechnungsfähig gehalten.

Der belgische Abg. Muller ist auf gerichtliche Anordnung verhaftet worden, weil er der Öffnung der sächsischen Universitätskassen während der deutschen Besetzung beigegeben hat.

Einen kleineren Kolonialkrieg hat Italien in Tripolis zu führen; wiederholt werden Gefechte und Verluste gemeldet.

Die Räumung Irlands von britischen Truppen ist unterbrochen; in Belfast wird fortwährend geschossen.

Die bolschewistische Presse bringt mit Genugtuung Warnnachrichten aus Indien, in denen behauptet wird, die Lage sei für England sehr ungünstig. Die indische Bewegung stehe sowohl auf nationaler als auch auf sozialer Basis.

# Wirtschaft

## Gegen Valutazahlungen im Inlandverkehr.

Infolge der starken Schwankungen der Mark ist man im Inland vielfach dazu übergegangen, Zahlungen für Waren in fremder Valuta zu verlangen. Die Reichsbank hat in einem Schreiben schon im November vorigen Jahres auf das Gefährliche dieser Entwicklung hingewiesen, die letzten Endes dazu führen muß, daß die Mark als Zahlungsmittel ganz und gar ausgeschaltet wird. Jetzt hat auch der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung zu dieser Frage in einem Rundschreiben Stellung genommen, das zugleich zeigt, welche Fülle schwieriger Probleme sich aus den Schwankungen des Markwertes für viele Industrie- und Handelskreise ergeben und wie sie einer zweckmäßigen Lösung nähergebracht werden können. Es heißt darin:

Gegen die Berechnung von zur Ausfuhr bestimmten Waren an deutsche Exporteure in derjenigen Valuta, in welcher der Preis vorbestimmt ist, gemäß später auch die Ware zur Ausfuhr kommen muß, beabsichtige ich keine Einwendungen zu erheben.

Etwas anderes ist es, wenn auch Zahlung in Valuta verlangt wird. Dem stehen für die wirtschaftliche Bedenken entgegen. Es muß daraus eine neue Schicht von Devisenkäufern auf dem freien Markt entstehen, welche die Kurschwankungen durch ihre Nachfrage vermehrt. Weiter entsteht dadurch eine Ansammlung aus Vorrat gehaltenen Devisen im Inlande, die volkswirtschaftlich nutzlos ist, während die Erwerbung wertvoller Exporte erforderlich hat. Der Bedarf der deutschen Wirtschaft an ausländischen Devisen würde so in gänzlich nutzloser Weise gesteigert. Ich muß es daher durchaus mißbilligen, wenn seitens Fabrikanten oder Verbänden von den Exporteuren Effektivzahlung in Valuta verlangt wird; ich könnte dies nur für diejenigen Fälle unter Umständen für erträglich halten, in denen dem Exporteur eine so lange Zahlungsfrist gewährt wird, daß er diejenigen Devisen, die er für die Exporte der gleichen ihm in Valuta berechneten Waren bereinigt, an den Fabrikanten abliefern kann, so daß es also vermieden bleibt, daß er im freien Markt Devisen zu kaufen gezwungen wird. Im übrigen muß aber, soweit die oben gekennzeichnete Berechnung in Valuta erfolgt, dem deutschen Exporteur regelmäßig die Begleichung der Rechnung in deutscher Mark zum Tageskurs möglich bleiben.

Sollte das hiernach zu mißbilligende Verfahren den vorstehenden Ausführungen zuwider Ausbeutung gewinnen, so würde ich genötigt sein, den Mißständen entgegenzutreten.

Bemerkung mag noch werden, daß die Verhältnisse bei der Einfuhr ähnlich zu beurteilen sein werden. Es wird von einem Baumwollimporteur schmerzlich erwartet werden können, daß er der Spinnerei Baumwolle in Mark verkauft, für die er selbst Dollar zu zahlen hat, da dann bei den heutigen Schwankungen der Mark das Geschäft kaum möglich bliebe. Andererseits müssen aber die in Dollar kaufenden Spinnereien, wenn nicht mit den von ihnen etwa effektiv zu liefernden Dollars nun auch effektiv über den deutschen Importeur der ausländische Lieferant bezahlt wird, auch berechtigt sein, den Dollarbetrag in Mark zum Tageskurs zu begleichen. Vielfach werden auch seitens der Importeure Markpreise auf der Basis eines bestimmten Kurses gestellt, also z. B. „100 Mark auf der Basis Dollar = 200 Mark“. Steht dann der Dollar später auf 220 Mark, so würde der vereinbarte Preis in Mark gleichfalls um 10 Proz. in die Höhe gehen, also auf 110 Mark. Diese Nepplosigkeit wird, solange die jetzigen Schwankungen der Mark anhalten, vielfach nicht zu vermeiden sein. Jedoch muß mit allem Nachdruck darauf gesehen werden, daß, sobald die Ware in inländische Verarbeitung übergeht oder in den reinen Inlandshandel übergegangen ist, man wegen der dann feststehenden Einstandspreise in Mark im allgemeinen zur Rechnung in Mark übergehen kann und wegen der Rücksicht auf den Inlandsverbrauch auch übergehen muß.

Regelmäßig kann also nur in den unmittelbar an Ein- und Ausfuhr anschließenden Geschäften das Rechnen in Valuta unter den oben genannten Bedingungen als tragbar angesehen werden.

## Kartelle und Genossenschaften.

Gegenseitigkeitsverträge zwischen Industrie- und Großhandelsverbänden haben seit Kriegsende immer häufiger dazu geführt, den Genossenschaften den direkten Bezug vom Fabrikanten zu nehmen oder erheblich zu verteuern. Hiergegen haben die Spitzenverbände der Genossenschaften den Schutz des Reichswirtschaftsministeriums angerufen. In einer eingehenden Aussprache, die nunmehr zwischen Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, des Deutschen Genossenschaftsverbandes und des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine im Reichswirtschaftsministerium stattfand, gelang es, die beteiligten Gruppen einander näherzubringen. Insbesondere wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß eine Benachteiligung der Genossenschaften ihrer Organisationsform wegen nicht erfolgen solle, und daß sofort Maßnahmen getroffen werden, um diese Vereinbarung praktisch durchzuführen. Zu diesem Zweck soll bei jeder Beschwerde, daß gegen diesen Grundsatz verstoßen werde, eine Kommission aus Vertretern der Industrie, des Großhandels und der Genossenschaften unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums zusammengetreten, welche die Berechtigung der Beschwerde zu prüfen, auf eine gütliche Einigung hinzuwirken und gegebenenfalls Vorschläge zu machen hat, die eine Benachteiligung der Genossenschaften ausschließen.

Günstig gelingt es, in praktischer Zusammenarbeit Gegenstände, die oft aus Mißtrauen entstehen, zu beseitigen und jeder Wirtschaftsgruppe die Anerkennung zu verschaffen, die ihre Leistung im Interesse der gesamten Volkswirtschaft verlangt.

Ein Spitzenverband im deutschen Verkehrsgewerbe. Die folgenden Reichsorganisationen des deutschen Verkehrsgewerbes: Reichsausschuß der deutschen Dampfschiffahrt, Verein Deutscher Strassenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen, Reichsverband der Arbeiterverbände, Reichsverband der gesamten Spediteureverbände Deutschlands, Verband Deutscher Luftfahrzeug-Industrieller G. m. b. H. haben sich zu einem Reichsverband des deutschen Verkehrsgewerbes als ihrer Spitzenorganisation zusammengeschlossen. Der Verband soll die Interessen aller Unternehmer des deutschen Verkehrsgewerbes wahrnehmen. Es werden nur Reichsorganisationen der einzelnen Gruppen des Verkehrsgewerbes als Mitglieder zugelassen.

Erweiterte Einfuhrfreiheit für Nahrung- und Genussmittel. Das Reichsverbraucherministerium hat die Einfuhr einer Reihe von Nahrung-, Genuss-, Futter- und Düngemitteln freigegeben, so u. a. Senfkrout, Tafelobst, Kakaonoten, Stroh, Sago, Stärke- und Fruchtzucker, Hefe, Vodka und Feigwaren. Begründet wird diese erhöhte Einfuhrfreiheit damit, daß durch den hohen Goldaufschlag ein genügender Schutz gegen überflüssige Einfuhren gegeben sei.

Die Schweiz im Zeichen der Valutakrise. Die schweizerischen Hotelbetreiber beschließen auf ihrer Verner Tagung, mit Wirkung vom 1. März d. J. die Hotelpreise in der Schweiz um 30 Proz. zu erhöhen, um den Fremdenverkehr nach der Schweiz wieder in erhöhtem Maße zu lenken.

Der polnische Banknotenumlauf hat am 9. Februar 240 Milliarden Mark betragen.

Die neue Natursteuer in Russland. Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, für das Jahr 1922 und 1923 eine einheitliche Natursteuer auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu legen, und zwar auf Getreide, Futtergetreide, Kartoffeln, Delikatessen und Fleisch.

# Gewerkschaftsbewegung

## Eine interessante Entscheidung.

Der Streik der Damenschneider von New York, der am 14. November letzten Jahres begonnen hatte und von dem über 855 000 Kleiderarbeiter betroffen sind, wird auf eine für amerikanische Verhältnisse ungewöhnliche Weise beigelegt. Der Verband der Damenschneider hat eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt, die es ihnen im Schutzverband der Kleiderfabrikanten organisierten Arbeitgebern unterlag, auf irgendeine Weise gegen den zwischen beiden Parteien bestehenden Arbeitsvertrag „sich zusammenzuschließen oder zu konspirieren“. Damit ist zum ersten Mal eine von den Arbeitgebern oft gegen die Arbeiter angewandte Waffe umgekehrt worden und es wird de facto dem Arbeitgeberverband unterlag, einen Beschluß durchzuführen, ab 14. November das Stülcklohnsystem und die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen, wie das beabsichtigt war, trotzdem der alte Vertrag, der Stundenlohn und die 44-Stunden-Woche vorsieht, noch bis Juni 1922 läuft.

Im Anschluß an diesen Urteil hat der Verband der Damenschneider gegen die Arbeitgeber Schadenersatzklagen einreichen lassen „wegen der Verluste, die die Arbeiter auf Grund des ihnen aufgezwungenen Streiks erlitten haben“. Der Verband berechnet die Verluste auf 2-3 Millionen Dollars.

## Ein gewagtes Spiel.

Das „Achtuhr-Abendblatt“ brachte gestern eine Warnung über eine Stilllegung der Berliner Zigarettenindustrie, die die Entlassung mehrerer tausend Arbeiter im Gefolge habe und eine Folge der katastrophalen Zigarettensteuer sei.

In einigen Tagen erfolge eine Betriebseinschränkung, die so weit gehe, daß sie direkt als Stilllegung bezeichnet werden könnte. Von den 6000 Zigarettenarbeitern und 1500 kaufmännischen Angestellten würden in den großen Fabriken 90 bis 95 Proz. entlassen. Ueber die Ursache dieser Katastrophe in der Zigarettenfabrikation läßt sich das Blatt von einem Firmenvorsteher berichten, daß infolge der erhöhten Zigarettensteuer am 1. Oktober die Bestellungen stark nachgelassen hätten und auf Lager gearbeitet worden sei. Die Lager seien nun voller Ware und es könnte nichts abgesetzt werden, weil der Konsum enorm zurückgegangen sei. „Alle unsere Verhandlungen mit der Steuerbehörde zerschlugen sich; ein Steuernachlaß wurde nicht gewährt.“ Erfolge keine Ermäßigung der Steuer, dann sei nicht abzusehen, wann die Fabrikation wieder aufgenommen werden könne.

Es ist das gute Recht der Interessenten, sich der Besteuerung ihrer Fabrikate nach Kräften zu widersetzen. Allein in diesem Kampfe darf ihnen nicht jedes Mittel recht sein. Vor allem darf nicht etwa mit den Arbeitern Schindluder getrieben werden, indem man sie vor den Wagen der Unternehmer spannt oder sie als Futter gebraucht. Die Steuererhöhung ist durch recht erhebliche Preisaufschläge wettgemacht worden. Die Behauptung über einen derartigen Rückgang des Zigarettenverbrauchs, der große Betriebseinschränkungen oder gar eine Stilllegung zur Folge hat, bedürfte zunächst einer gründlichen Nachprüfung. Einige Uebertreibungen nimmt man bei solchen Gelegenheiten schon mit in den Kauf, doch dürfen sie nicht gar so stark sein. Wahrscheinlich wurde wie vor jeder Steuererhöhung mit Hochdruck produziert, so daß dadurch eine vorübergehende Absatzstörung eingetreten sein wird, die dann sicherlich nicht beweiskräftig ist für einen dauernden Konsumrückgang.

Wir werden der zuständigen Arbeiterorganisation Gelegenheit geben, sich zu diesen Entlassungsandrohungen zu äußern.

## Lohnbewegung im Gastwirtsgetriebe.

Das Kartell der im Gastwirtsgetriebe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen hat dem Arbeitgeberverband für das Gastwirtsgetriebe bereits im Januar Forderungen auf Bewilligung von Feuerungszulagen eingereicht. Die bisher gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärten, Feuerungszulagen ab 1. Februar d. J. zu zahlen. Die weiteren Verhandlungen über die Höhe der Zulagen scheiterten und es wurde in Uebereinstimmung beider Parteien schließlich eine im Tarifvertrag vorgelebene vereinbarte Schiedsstelle angerufen. Heute wird ein Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium zusammentreten, um einen Spruch über die Höhe der Feuerungszulage zu fällen. Es ist zu hoffen, daß durch den zu fallenden Schiedsspruch alle Differenzen beigelegt werden. Zwei öffentliche Versammlungen, die Donnerstag nacht im Wäthneraal und in den Germaniaälen stattfinden, werden zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und über Annahme oder Ablehnung desselben entscheiden.

## Urabstimmung in der Reichsdruckerei.

Der Betriebsausschuß der Reichsdruckerei teilt uns mit: Laut Beschluß der Betriebsversammlungen vom 8. und 9. Februar unterbreiteten die Obleute der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Reichsdruckerei zwei Fragen zur Urabstimmung.

Zur besseren Orientierung geben sie die hauptsächlichsten Streitpunkte zur Kenntnis mit der Bitte, die Fragen mit bester Ueberzeugung und Ueberlegung zu beantworten. Die Streitpunkte sind folgende:

Bestehender Zustand:		Angebot des Reichspost-Ministeriums:	
1. Arbeitszeit: 44 Stunden.		1. Arbeitszeit: 46 Stunden.	
2. Arbeitsvermittlung: Durch öffentliche paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise.		2. Arbeitsvermittlung: Für einzelne Abteilungen durch von der Direktion zu wählende Vorkontrollen.	
3. Urlaub:		3. Urlaub:	
6 Monate Beschäftigungszeit 6 Tage		6 Monate Beschäftigungszeit 6 Tage	
1 Jahr " " 12 "		1 Jahr " " 12 "	
10 Jahre " " 18 "		2 Jahre " " 10 "	
Zusätzlich 1. bis 45 Jahre alte 6 Tage.		3 " " " 12 "	
		4 " " " 15 "	
		5 " " " 21 "	
4. Mitbestimmungsrecht:		4. Mitbestimmungsrecht:	
Wahlprüfung der Betriebsvertretung bei allen Verfügungen, die Betriebsveränderungen und Personalangelegenheiten betreffen.		Grundsätzliche Ablehnung bei Befragung der Stellen für Raumvorarbeiter, Abteilungsleiter usw. Bei allen übrigen Fragen soll die Betriebsvertretung nur angehört werden.	

Ablehnung der sozialen Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten.

Die Fragen lauten:

1. Sind Sie mit den Angeboten des R. P. M. einverstanden?

Sai	Nein
1. Sind Sie bereit, einer Aufforderung Folge zu leisten, wenn es gilt, die angebotenen Verschlechterungen abzuwehren und ein besseres Arbeiterrecht durchzuführen?	
Sai	Nein

Das Personal hat zu Reuegehntel die erste Frage verneint und die zweite bejaht.

Kunmehr werden die weiteren Verhandlungen zeigen, ob das Reichspostministerium gesonnen ist, durch Entgegenkommen dem Konflikt die Schärfe zu nehmen. Seitens der Verhandlungskommission wird versucht werden, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen.

## SPD. Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Donnerstag, 7 Uhr, in den „Bubi-Sälen“, Neue Königstr. 26:

### Versammlung.

Vortrag des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe über die innerpolitische Lage.

SPD.-Fraktion.

## Vertrauensvotum für Jouhaug.

Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (G. U. V.) hat gestern nachmittag zwei wichtige Abstimmungen vorgenommen. Dem Verwaltungsrat, an dessen Spitze Jouhaug steht, wurde mit 92 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen und seine Geschäftsführung gebilligt. In der zweiten Abstimmung wurde der Antrag, einen außerordentlichen Kongress abzuhalten, mit 86 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die beiden Abstimmungen bedeuten eine vollkommene Abgabe an die Gewerkschaften, die sich für die Internationale von Moskau ausgesprochen haben.

Diese Meldung des U. V. wird durch eine andere Meldung dahin ergänzt, daß dieses Votum durch eine Rede von W. r r h e i m erzielt wurde, der darauf hinwies, er habe sich auf seiner letzten Reise durch Deutschland und Oesterreich davon überzeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern von Organisationen beeinflusst sei, die von Moskau dirigiert würden. Die Bolschewisten erstrebten eine vollständige Durchdringung der Gewerkschaften. Die Kommission wird nun die Frage prüfen, ob der nächste Kongress nicht einige Monate vor der statutengemäß festgesetzten zweijährigen Pause, die Ende 1923 beendet ist, stattfinden soll.

Was für Lehren ziehen wir aus den letzten Streiks? Dieses Thema behandelte Genosse F l e m m l i n g in der letzten Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung ange-

nommen, in der den Vorständen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des U. V. Bundes ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird, weil sie den bekannten Verordnungen des Reichspräsidenten Ebert und Polizeipräsidenten Richter nicht mit der gebührenden Schärfe entgegengetreten sind und daß ferner mit allen gewerkschaftlichen Mitteln Maßnahmen von Streikenden verhindert werden sollen. Des weiteren soll auf eine Einheitsfront des Proletariats hingearbeitet werden, um allen kommenden Kämpfen mit der Kapitalistenklasse gewappnet entgegen zu treten. — Nach diesem Bericht zu urteilen scheinen die Mitglieder der Charlottenburger Gewerkschaftskommission in ihrer Mehrheit die tieferen Ursachen der letzten Streiks noch nicht erkannt zu haben. Unter diesen Umständen kann man auch nicht die richtigen Lehren ziehen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Delegierten zur Generalversammlung werden ersucht, ihre Delegiertenkarten von ihrem Obmann abzuholen.

U. G. - Kabellewerk Oberspreewitz. Mittwoch 3 1/2 Uhr bei Hender, Rathausstraße 32, Versammlung sämtlicher SPD-Funktionäre. Stellungnahme zur Betriebsratswahl. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Streikende der Dinos-Werke. Betriebsversammlung morgen, Mittwoch, mittags 2 Uhr, Sophienstraße 16/17. Alle haben zu erscheinen.

Zum Streik in Johannsdorf wird gemeldet, daß das Kartell der Grubenarbeiter beschloß, hat, die Gruben für die Arbeitswilligen zu öffnen. Daraufhin beschloß die Gewerkschaft der Grubenarbeiter, die Grubeneingänge zu besetzen, um die etwaigen Streikbrecher an der Einfahrt zu hindern. Die Lage ist sehr ernst.

Deutscher Transportarbeiterverband. Lokalbrosche. Mittwoch nachm. 4 1/2 Uhr im Schulstraß 24/25, Brandenburger Versammlung. — Besuche Einflößer und Köstner. Donnerstag abend 7 Uhr bei Müller, Strokarer Straße 63, Versammlung. Branchenangelegenheiten. Neuwahl der Branchenleitung. — Handelsreisende und Arbeiterinnen aus allen Betrieben des Schuhwarenhandels und -fabrikation. Donnerstag nachm. 5 Uhr Gruppenversammlung bei Wille, Polstr. 29. — Handelsreisende und Arbeiterinnen aus allen Betrieben des Robentzler, Felle- und Häutenhandels. Donnerstag abend 7 Uhr Gruppenversammlung bei Wille, Polstr. 29. — Deutsche Holzindustrie. Donnerstag abend 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstraße 20, Brandenburger Versammlung.

Datsch-Funktionäre der Metallindustrie. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Versammlung in der Bodanstraße, Chausseest. 64/65, Befähigung des Verhandlungsergebnisses.

Deutscher Arbeiterverband. Freitag 5 1/2 Uhr Versammlung der Betriebsräte aller Branchen im Gewerkschaftshaus, Soal 3.

Zentralverband der Angeheilen. Freitag Mitgliederversammlungen: Expedition. 7 1/2 Uhr Musterstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — U. G. - Kongress. 7 Uhr Dorotheenstraße, Neue Friedrichstraße, 30. — Damen-, Köchinnen-, Herren- und Knaben-Konfektion. Nachm. 5 1/2 Uhr Arminstraße, Kommandantenstraße 38-39.

## Aus der Partei.

Wilhelm Derichs, der Geschäftsführer unseres Parteiklubs in Bremerhaven, ist Anfang Februar verstorben. Von Verul Buchdrucker, war er von 1896-1904 Aquisitor in Bremerhaven, ging dann als Geschäftsführer nach Vicoletfeld, von wo ihn die Bremerhavener Genossen 1907 wieder zu sich holten. 28 Jahre hat der Verstorbene der Parteipresse gedient. Sein Schaffen sichert ihm bei uns ein dauerndes Gedenken.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Franz Kieß, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2. S. 12222 1. Blatt.

# Kanflavin-Pastillen

(sind erl.)  
zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen  
besonders bei  
**Grippe, Hal-entzündung, Verschleimung**  
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien

# Reste und Abschnitte

VON

# Weissen Waren

zu besonders vorteilhaften Preisen

# Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

## Porzellan \* Steingut Glas

Kaffeesevice Porzellan, 5 teilig	22 <sup>50</sup> 48 <sup>50</sup>
Kaffeesevice Porzellan, 9 teig.	95 <sup>00</sup> 125 <sup>00</sup>
Tafelset Porzellan, 23 teilig	875 <sup>00</sup>
Küchengarnitur Porzell., 22 teilig	275 <sup>00</sup> 425 <sup>00</sup>
Salats weis, Porzellan 11 cm	75 Pf.
Teller weis, Steingut	1 <sup>95</sup>
Waschbecken Steingut	22 <sup>50</sup> 31 <sup>50</sup>
Vorratsbüchsen Steingut, mit Deckel	3 <sup>75</sup>
Terrinen Steingut	12 <sup>75</sup>
Kartoffelschüsseln Steingut	9 <sup>75</sup>
Kumpen Steingut, braun	2 <sup>75</sup> 4 <sup>50</sup> 16 <sup>75</sup>
Wassergläser glatt	1 <sup>65</sup>

## Wirtschaftsartikel

Brotschneidemaschine	59 <sup>50</sup>
Kohlenplatte poliert	52 <sup>50</sup> 69 <sup>50</sup>
Emaill-Eimer	34 <sup>50</sup>
Rosshaarbesen	35 <sup>00</sup> 40 <sup>00</sup>
Handfeger Rosshaar	27 <sup>50</sup> 35 <sup>00</sup>
Leibwärmer	16 <sup>50</sup>
Aermelplättbretter bezogen	14 <sup>75</sup>
Brotbüdissen fein lackiert	98 <sup>50</sup>
Waschständer	37 <sup>50</sup>
Alumin.-Kaffeelöffel	1 <sup>25</sup> 1 <sup>65</sup>
Alumin.-Esslöffel	1 <sup>50</sup> 2 <sup>00</sup>
Alumin.-Kasserollen	18 <sup>00</sup> 25 <sup>00</sup>
Alumin.-Maschinenöpfe	17 <sup>50</sup>
Alumin.-Schöpföffel	7 <sup>50</sup>



## Kohlen Zeit u. Geld

sparen Sie durch Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil“. Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile! Wäscht und bleicht gleichzeitig bei nur einmaligem kurzem Kochen.

Preis: das Paket M. 7.00.

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

# Persil

das selbsttätige Waschmittel.

Steuerfragen - Krankenpflegefragen.

Eine Stadtverordnungsentscheidung ohne Lärm.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich gestern in einer ungewöhnlich ruhigen Sitzung mit einigen Steuervorlagen. Gegen die aus dem Ausschuss zurückkommende neue Luftsteuer...

Sitzungsbericht.

Eröffnung der heutigen außerordentlichen Sitzung durch Vorsteher Dr. Caspari um 5 1/4 Uhr. Eine Anfrage der Deutschnationalen verlangt Auskunft, ob dem Magistrat bekannt ist, daß der Stadtrat Christ von Berlin-Mitte...

Ein dringlicher Antrag der Kommunisten hat die Maßregelungen zum Gegenstande, die trotz der Erklärungen des Oberbürgermeisters nach dem Streik in der Arbeiterschaft der städtischen Betriebe erfolgt sind. Die Rechte erhebt gegen die sofortige Beratung Widerspruch.

Die Besprechung der Vorlage betr. Erhöhung der Stundenlöhne der städtischen Güter- und Forstarbeiter wird fortgesetzt. Stadtrat Wege erklärt die von Dörr (Komm.) früher gemachten Angaben über die Wirtschaft der städtischen Güterverwaltung für teils unwahr, teils stark übertrieben; ebenso entbehre die heutige Behauptung des Stadts. Richard Kunze, daß die Stadt drei Rittergüter an das ausländische Kapital verkauft habe, jedes Grundes. Von allen Rednern wird eine Prüfung der Verhältnisse auf den Gütern für dringend notwendig erklärt. Ein begünstigter Antrag findet sofort einstimmige Annahme. Schließlich wird die Vorlage mit den Sätzen von 90 Pf. für die Deputanten, 1,30 M. für die Freiarbeiter angenommen, nachdem ein kommunistischer Antrag auf Verdoppelung der Sätze abgelehnt ist.

Hierauf werden, dem Wunsch des Magistrats entsprechend die Steuervorlagen

Die neue Vergnügungssteuerordnung, die neue Grundsteuerordnung, die Erhöhung der Beharbergungssteuer, die Abänderung der Steuerordnung auf das Halten von Bogen und Pferden) in Beratung genommen.

Zur Vergnügungssteuerordnung beantragen die Kommunisten die Erhöhung der Steuer für Wettrennen auf 100 Prozent des Eintrittspreises. Die durch Dörr gegebene Begründung wird mit Beifallsrufen auch von der Zuhörerschaft auf der Tribüne begrüßt; der Vorsteher dreht die Räumung der Tribüne im Wiederholungsfall an. Der Antrag wird abgelehnt, die neue Vergnügungssteuerordnung mit der umgestalteten Höckersteuer angenommen.

Bei der neuen Grundsteuerordnung handelt es sich um wesentlichen um eine Neuaufgabe der schon vor dreiviertel Jahren von der Versammlung verabschiedeten Ordnung, die am 6. Dezember 1921 vom Oberverwaltungsgericht aus dem Grunde für ungültig erklärt worden ist, weil sie das Verhältnis des Steuerfußes der bebauten Grundstücke zu den ungebauten nicht ein für allemal fest bestimmt hat. Von den Wirtschaftsparteilern, die sich über Pfändungen usw. beschwerten, die auf Grund einer ungültigen Ordnung vollzogen werden, wird Ausschussberatung verlangt. Nachdem der Generalsteuerverdirektor die Rechtsirrtümlichkeit des Standpunktes nachgewiesen hat, daß die eingezogenen Steuerbeträge einfach zurückerlangt werden könnten, lehnt die Versammlung den Antrag auf Ausschussberatung ab und nimmt die vom Magistrat dem Verlangen des Oberverwaltungsgerichts gemäß modifizierte Vorlage an. Ein Antrag der Deutschnationalen, die städtische

Unterstützung für 1921 auch den Privathygiene von Boretius, Fleck und Klirstein zuteil werden zu lassen, da sie sich bereit erklärt haben, die städtischerseits gestellten Bedingungen zu erfüllen, wird angenommen.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Beharbergungssteuer geht an einen Ausschuss. Von dem inzwischen erfolgten Verkauf der 4 Tecklenborgdampfer der Gemeinnützigen Hochseefischer-Gesellschaft Berlin m. b. H. wird Kenntnis genommen.

Der Erhöhung der Entschädigung der Besitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts von 20 auf 40 M. für die Sitzung wird zugestimmt.

Der Magistrat hat der Versammlung den Plan einer Neuordnung des Krankenpflegeausbildungswesens und die Umbildung der städtischen Schwesternzister in eine

„Krankenpflegeorganisation der Stadt Berlin“

vorgeschlagen, wodurch die für weibliches Krankenpflegepersonal bereits bestehenden Pflegeschulen auch auf das männliche Personal ausgedehnt werden sollen. In der Besprechung empfahlen Dittmer (Soz.) und Rintorf (Komm.) die sofortige Annahme, während Dr. Falkenberg (D. Vp.) und Dr. Kirchner (Nat.) prinzipielle Bedenken gegen eine derartige Konzentration äußern und Prüfung im Ausschuss fordern. Kirchner leitet seine Bedenken insbesondere daraus her, daß man die Pflegerinnen unter die Betriebsräte bringen und auch für sie den Achtstundentag maßgebend machen wolle. Die Schwesternzister über ihre Tätigkeit im Dienste der Menschheit, nicht als Erwerbssache. Stadtmagistrat Dr. Rabnow weist aufs entschiedenste die Inflation zurück, daß in die Rechte der Schwestern oder der Bezirke rücksichtslos eingegriffen werden solle. Die Wiedereinführung rein charitativer Krankenpflege sei unter den heutigen Verhältnissen eine Utopie. Dr. Wegl (U. Soz.): Soweit die Furcht vor männlicher Konkurrenz hervorgerufen, gehen die Opponenten fehl; die Frau wird sich als Krankenpflegerin immer behaupten, aber Männer und Frauen gehören an die Krankenbetten. Die Befürchtung, daß der gemeinsame Schulbesuch die Pflegerinnen politisch beeinflussen und nach links ablenken könnte, mag begründet sein oder nicht; jedenfalls sorgt dafür schon der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung.

Nachdem noch Bamberg (Dem.) sich für Ausschussberatung erklärt, wird die Vorlage mit 88 gegen 83 Stimmen einem Ausschuss überwiesen. Mit der Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlages von 20 Proz.

der ersten 10 000 M. des Dienstverdienstes an die Beamten, Festangestellten, Diätäre und Beherpersonale mit Wirkung ab 1. Januar 1922 erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Vorlage des Magistrats, welche die Erhöhung der Eintrittsgelder für die städtischen Bedürfnisanstalten auf 1 M. in der ersten, 50 bzw. 30 Pf. für die zweite Klasse und Nachzuschlag von durchweg 20 Pf. fordert, gibt dem Stadts. R. Kunze Gelegenheit zu Bemerkungen, die mehrfach stürmische Heiterkeit hervorrufen. Er ist befremdet, eine so unsoziale Vorlage von einem sozialistischen Magistrat eingebracht zu sehen und beantragt die Aufhebung des Klassenunterschiedes und die Freigabe der Anstalten zur unentgeltlichen Benutzung. Zu den gleichen Forderungen kommt Frau Kottika (Komm.). Stadtrat Böhmisch rechtfertigt die Vorschläge des Magistrats, der sonst eine Anzahl dieser Anstalten zu schließen gedenke. Die Vorlage wird mit dem Zusatz angenommen, daß der Magistrat für eine erhebliche Vermehrung der Bedürfnisanstalten Sorge tragen soll.

Zur Unterstützung der Volkshochschule Groß-Berlin

für 1921 sollen 600 000 M. definitiv bewilligt werden, da die Notwendigkeit dieses Zuschusses nunmehr nachgewiesen sei. Hütchen (D. Vp.) beantragt Ausschussberatung. Dove (Dem.) dagegen, da die Höhe der Subvention in zu starkem Mißverhältnis zu den eigenen Einnahmen und Leistungen des Instituts stehe. Gabel (Komm.) tritt dem Vordränger entgegen. Nach einer Ablehnung des Antrages Hütchen wird die Summe bewilligt. Hierauf erledigt die Versammlung noch eine Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte, darunter diejenige betreffend die Umlaufe der „Stadtgemeinde Berlin“ in „Stadt Berlin“. Schluß 9 Uhr.

Eine Notgeld-Karität.

Wie wir bereits mitteilten, hat das Handelsministerium die weitere Ausgabe der neuen städtischen 50-Pfennig-Scheine untersagt. Die Reichsbank hat „festgestellt“, daß in Berlin kein Bedarf an Notgeld vorhanden sei, obgleich der Magistrat nur die von ihm selbst eingezogenen Lumpenfünftiger durch neue Scheine ersetzen wollte. Buztebude und Köstchenbroda dürfen also neues Notgeld drucken, dort ist Bedürfnis vorhanden, nur in Berlin nicht. Glücklicherweise war die größte Zahl der neuen Scheine bereits ausgegeben, als das Verbot eintraf; der Rest darf nun nicht in „Verkehr gebracht“, sondern nur zu Sammelzwecken, als „Märkte“, abgegeben werden. Das wird natürlich die Sammlerwelt, die sich ja zum Vorteil des leeren Stadtsäckels schon jetzt mit Kraft auf die Zwanzigerlei gestürzt hat, noch weiter anfeuern — wieder zum Nutzen der Stadt. Inmitten dieser „Karitäten“ gibt es aber nun noch eine ganz besondere Extra-Karität. Der Schein Nr. 2 stellt nämlich das erste Dampfschiff auf der Fahrt zwischen den Zelten und Charlottenburg dar und trug die Jahreszahl 1890 als Einführungsdatum dieser Dampfschiffsverbindung. Während des Druckes der Scheine stellte sich nun heraus, daß dieses Datum irrig war, und unsere fähige Finanzverwaltung sah die Situation beim Schopfe und ließ den Keinen noch ungedruckten Rest mit der richtigen Jahreszahl 1816 versehen. Die Spekulation auf die Sammlerwelt erwies sich als richtig: Die Scheine mit der 1816 werden schon jetzt, wie der Stadtkämmerer in der Finanzdeputation mitteilte, mit 10 Mark pro Stück abgenommen. Man sieht also, daß die Stadt, wenn sie „auf der Höhe“ ist, sich noch Einnahmequellen erschließen kann, die sie bisher noch nicht gelampt hat, so daß Venetia Kapitullieren muß.

Das Sektgelage bei der Friedensdelegation. Drei Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung.

Eigenartige Vorgänge bei der deutschen Friedensdelegation in Paris beschäftigten gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen schweren Diebstahls war der ehemalige Dolmetscher der deutschen Friedensdelegation, der Bankbeamte Hedor Lepper angeklagt. Der Angeklagte, der der Sohn eines Generals ist, soll während einer wüsten Kneiperei im Kassenzimmer der Friedensdelegation dem damaligen Zahlmeister Oberüber die Kassenschlüssel entwendet haben, um sich danach einen Nachschlüssel anfertigen zu lassen. Mit diesem Nachschlüssel soll Lepper dann 750 000 Frank aus dem Reichsbankentwendet haben. In dem Vorverfahren hatte Lepper durch Rechtsanwalt Dr. Johann den Einwand erhoben, daß der Zeuge D. dem Angeklagten selbst das Geld gegeben habe, um auf den Rennplätzen Tremblay und Deauville zu wetten. Die Verhandlung erbrachte jedoch für diese Behauptung keinerlei positive Beweise. Das Gericht verurteilte Lepper zu 3 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Gefängnis beantragt.

Beginn des Essener Mudra-Prozesses.

Vor der 4. Strafkammer am Landgericht Essen begann gestern der Riesenprozess gegen den ehemaligen Kommissar vom Roten Kreuz, Ernst Mudra, dem zur Last gelegt wird, Veruntreuungen und Schiebung im Betrage von mehreren Millionen Mark zum Nachteil des Roten Kreuzes verübt zu haben. Als im Frühjahr 1920 die Unregelmäßigkeiten aufgedeckt wurden, war Mudra Leiter des Flüchtlingslagers in Essen. Auf Grund der schweren Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, erfolgte am 10. Mai 1920 seine Verhaftung. Die Angeklagten, 33 an der Zahl, gehören den verschiedensten Berufsklassen an. Es sind ehemalige Offiziere und Beamte und vorwiegend Kaufleute. Für die Durchführung des umfangreichen Prozesses sind drei bis vier Wochen in Aussicht genommen.

Enteignung eines Grundstücks. Auf Antrag der Stadtgemeinde Berlin ist ein der Daimler-Motoren-Gesellschaft gehöriges 10,58 Ar großes Grundstück zum Ausbau der Großbeerensstraße enteignet worden.

Im Prozeß Singh hat Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffé Revision angemeldet.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Frau Hjarter konnte es nicht mehr ertragen. „So schweig doch!“ rief sie und warf den Kopf in den Nacken.

„Ja, Liebste!“ Hjarter blieb stehen und sah sie mit seinen bleichen, nervösen Augen streng an. „Wenn man ein junges Mädchen im Hause hat, hat man eine Verantwortung!“

Er sah wieder fort und fügte hinzu: „Ich begreife nur nicht, wo sie seine Bekanntschaft gemacht hat!“

Frau Helwig hob die Oberlippe zu einem höhnischen Lächeln: „Mich dünkte, du kamst ihm selbst sehr liebenswürdig entgegen!“

Hjarter wurde eifrig: „Er war mir persönlich sehr unsympathisch — sein unbegreifliches, kurzes Wesen war mir gleich zuwider! Es kostete mich große Überwindung, freundlich gegen ihn zu sein, kann ich dir sagen. Aber er ist der reichste Mann des ganzen Amtsbezirktes! — Und was tut man nicht alles für seine Zukunft und für seine Familie! — Hätte ich geahnt, daß er ein unschuldiges, junges Mädchen verführt hat — daß er ein schlechter Mensch durch und durch sei, dann...“

Er hielt in plötzlichem Nachdenken inne: „Vielleicht war es verkehrt, daß ich ihn laufen ließ! — Die Sache ist ja noch lange nicht aufgeklärt. — Wie hat er das Geld von dem Alten bekommen, der ihn doch nicht wieder vor Augen sehen wollte?“

„Ja, nicht wahr? — Das war eine große Enttäuschung!“ sagte Frau Helwig mit bitterer Ironie.

Hjarter war zu sehr von sich selbst in Anspruch genommen, als daß er das Spottende im Ton bemerkte.

„Kaum glaubt man, daß man den Kerl hat — noch in der Mordnacht! — Und plötzlich hat man das Nachsehen! — Die Zigarette — die Scheine — beide Spuren wertlos!“

„Und das Advancement, du Kermster!“

Wieder überhörte er den verborgenen Spott.

„Ja, das Advancement!“ Er griff sich nervös an den Kopf; dann fand er Trost in der Liebe zu seinem Kind.

„Ach, es ist ja alles gleichgültig, wenn nur Ellen...“

„Ja, ja!“ Frau Hjarter erhob sich und sah zur Eckzimmertür.

„Wie lange es dauert!“ Dann fügte sie hinzu, halb zu sich selbst: „Wenn ich nur wüßte!...“

„Was, Liebste?“

„Ach, nichts!“

Sie trat zu ihm und legte ihre Hand auf seine Schulter.

„Nicht wahr,“ sagte sie mit großen, ernsten Augen, „alles könntest du entbehren, nur nicht sie!“

Es zuckte um seine Lippen, und in seine Augen traten Tränen:

„Ja, wenn nur Ellen —“

„Ihr beide könntet glücklich miteinander sein!“ sagte sie mit einem schmerzlichen Lächeln. „Du und sie!“

„Ach, Liebste!“

Hjarter wendete den Kopf ab und trocknete sich die Augen.

2.

Die kurzen, schweren Schritte des Arztes klangen aus dem Wohnzimmer.

Er rief die Tür auf. Die kleinen, scharfen Augen strahlten Helwig und Hjarter entgegen, die beide auf ihn zustürzten:

„Die Heiserkeit ist im Abnehmen — die Atemnot ist vorüber. Es ist nicht Diphtherie!“

Hjarter presste seine Hände, während ihm Tränen über die blauen Wangen liefen:

„Gott segne Sie! — Gott segne Sie!“

Frau Helwig wagte es kaum zu glauben.

„Sie ist gerettet, Doktor?“ fragte sie bebend.

„Sie ist außer Gefahr!“ sagte er. „Es ist nur ein böserartiger Holstatarrh!“

„Gott sei Lob und Dank!“

Sie schlug die Hände zusammen, und ihre großen, grauen Augen strahlten.

„Dann kann noch alles gut werden!“ fügte sie zu sich selbst hinzu.

Doktor Solt setzte seinen eigenen Gedankengang fort.

„Arant ist sie, versteht sich. Aber bei solcher Pflege wie Fräulein Sindals wird sie in einer Woche alles überwunden haben!“

Hjarters Gesicht nahm wieder den leidenden Ausdruck an.

„Fräulein Sindal —“ sagte er.

„Ja — wo ist sie?“ Doktor Solt richtete seine kleinen, scharfen Augen auf ihn. „Sie war nicht bei Ellen!“

Hjarter nahm sich zusammen. Er rieb seine weißen Hände gegeneinander und sagte kurz:

„Fräulein Sindal packt ihre Sachen!“

„Was soll das heißen?“ kam es rauh. „Reißt sie fort?“

Hjarter sah ein, daß es unmöglich sei, das Geschehene zu verbergen. Darum machte er kurzen Prozeß und sagte hart:

„Sie ist bei einem unzüchtigen Verhältnis erlappt worden!“

„Fräulein Sindal?“ Der Doktor starrte ihn mit offenem Mund an.

„Oh, das ist nicht wahr!“ sagte Frau Helwig zitternd vor Unwillen.

„Wenn es, wie du willst! — Sie hat einen Geliebten, der sie heimlich in der Nacht besucht!“

Doktor Solt schlug die dicken, behaarten Hände zusammen und beugte sich zu ihm.

„Und das nennen Sie ein unzüchtiges Verhältnis?“ fragte er ärgerlich.

„Hier,“ sagte er, „in unserem Hause! — Zur Nachtzeit?“

„Ra und? — Die Nacht gehört doch wohl nicht Ihnen!“

„Während sie Ellen pflegte?“

„Glauben Sie vielleicht, daß das Kind daran Schaden genommen hat?“

Die kleinen scharfen Augen ruhten höhnisch auf dem blaffen, leidenden Gesicht.

„Wie meinen Sie das?“ fragte Hjarter unsicher.

„Ich meine, daß Sie Ihrem Kinde keine bessere Pflege angebeihen lassen können als Fräulein Sindals!“

„Ja, nicht wahr!“ sagte Frau Helwig warm.

„Das habe ich auch stets geglaubt!“ sagte Hjarter und seufzte.

Jetzt wurde Doktor Solt heftig. Er warf den runden Kopf in den Nacken, so daß das dicke Haar sich bewegte; und seine kleinen, scharfen Augen blickten Hjarter an. „Und wenn sie auch jede einzige Nacht im Jahr ein unzüchtiges Verhältnis, wie Sie es nennen, gehabt hätte, so ist sie doch der einzige Mensch mit gesunden, unverdorbenen Instinkten hier im Hause! — Dafür stehe ich ein, der ich euch allesamt in- und auswendig kenne! — Gute Nacht!“

Doktor Solt ging zum Flügel und nahm seinen Hut.

(Fortsetzung folgt.)

# Um die Mietebemessung.

Aus Zuschriften an uns ersehen wir, daß in Mieterkreisen immer noch Unklarheiten über die neue Höchstmieterverordnung bestehen. Wir stellen daher nochmals fest, daß die vom Magistrat Ende Dezember 1921 erlassene Verordnung, wie im „Sowjet“ längst mitgeteilt worden ist, seit 1. Januar 1922 gilt. Die laufende Verträge unberührt bleiben, heißt die Verordnung ausdrücklich hervor, und auch das ist im „Sowjet“ damals mitgeteilt worden. Streitigkeiten sind entstanden zwischen Hauswirten und solchen Mietern, die bei laufendem Vertrag die bekannte Klausel unterschrieben haben. Wer sich aber vorzeitig abtrug, dem raten wir, das Mietereinstimmungsamt entscheiden zu lassen. Aus Friederichsweide schreibt uns ein Leser, daß für eine Wohnung, die im Juli 1914 noch 50 M. kostete, der Hauswirt jetzt 91 M. verlangt. Falls nicht das Mietereinstimmungsamt nachträglich die „Grundmiete“ auf mehr als jene 50 M. bemessen hat, ist 91 M. eine Ueberforderung, selbst wenn ein ganz neuer Vertrag zu schließen wäre. Der Zuschlag von 70 Proz., der jetzt als das Höchste gefordert werden darf, stellt sich bei 50 M. „Grundmiete“ auf 35 M., so daß nicht 91 M., sondern 85 M. herauskämen. Dem Mieter raten wir, die Sache dem Mietereinstimmungsamt vorzulegen. Wenn dem Mietereinstimmungsamt die Wohnung nicht 80 M. wert scheint, kann und muß es bei der Mietereinstimmung sogar noch unter dem Zuschlag von 70 Proz. zurückbleiben. Denn die 70 Proz. sind bekanntlich ein „Höchstzuschlag“, den niemand ohne weiteres hinzunehmen braucht. Falls dieser Zuschlag dem Wert der Wohnung nicht angemessen scheint.

## General Kolliet als Kläger.

Die Strafsache gegen einen Herrn von Pagensti wegen Beleidigung des belgischen Charfreiers Smet ist nun in der dritten Instanz vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt worden. Er hatte, wie erinnerlich, am 23. Februar 1920 vor Smet, der vor dem Hotel Continental stand, „Cochon“ gesagt und vor ihm ausgespuckt, weil er durch das rasche Fahren der Ententeautomobile wiederholt in Lebensgefahr geraten war. Daraufhin hielt der französische General Kolliet beim Auswärtigen Amt die gerichtliche Verfolgung des Angeklagten verlangt. Die Sache kam zunächst vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Auf den Einwand des Rechtsanwalts Bahn, daß der Strafantrag nach § 186 des Gerichtsverfassungsgesetzes, weil er in französischer Sprache gestellt war, unzulässig sei, erfolgte Freisprechung, ebenso vor der Strafkammer des Landgerichts I, aber aus dem anderen Grunde, daß General Kolliet seine Belästigung, für den Belgier Smet Strafantrag zu stellen, nicht nachgewiesen habe. — Bei dem Kammergericht in dritter Instanz haben 3 Verhandlungen stattgefunden, ehe das Urteil dahin gefällt wurde, daß die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht verwiesen wurde. Dieses hatte sich nun nochmals eingehend mit der Sache zu beschäftigen. Staatsanwalt Braun beantragte die Verurteilung des Angeklagten, dem diese Mißbegünstigung zur Seite ständen, weshalb eine Geldstrafe von 30 M. angemessen erscheine. — Das Gericht erkannte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu, er sei aber über die Grenzen der Rechtsverletzung hinausgegangen, das Gericht habe darum auf 30 M. Geldstrafe erkannt.

Zur Beerdigung der verunglückten Koffelher. Wie zahlreiche Anfragen erkennen lassen, wünschen viele Kreise der Bevölkerung an der beabsichtigten Beerdigungsfeierlichkeit für die verunglückten Koffelher teilzunehmen. Da es sich um eine völlig unpolitische und rein menschliche Feier handelt, darf erwartet werden, daß jede bestimmte und politische Befundung unter allen Umständen vermieden wird.

Die von der Technischen Hochschule mitgeteilt wird, legt die Zeitung Wert darauf, festzustellen, daß die von uns gerügten schwarzenweißen Krankenschwestern nicht von ihr bestellt worden sind. Die Spender sind vielmehr Koffelher, die bei dieser unpassenden Gelegenheit sie zu einer nationalsozialistischen Demonstration benutzen wollten. Die Zeitung hat angeordnet, daß innerhalb ihrer Organisation jede politische Demonstration zu unterbleiben hat.

Die Volksbegehren Gartenstraße, Gerichtstraße, Oberberger Straße, Schillingstraße und Waldstraße sind, wie der Magistrat mitteilt, nach wie vor geöffnet.

Volkschule Groß-Berlin. Die durch die letzten Streiks und den Rohstoffmangel in den Schulgebäuden hervorgerufenen Schwierigkeiten des regelmäßigen Lehrbetriebes sind größtenteils behoben. Auch diejenigen Arbeitstätten, die zurzeit noch ruhen, werden in den nächsten Tagen wieder in Gang gesetzt werden, so daß, von den Arbeitstätten Norden und Pichlerberg abgesehen, alle vorgezeichneten Kurse und Arbeitgemeinschaften wieder abgehalten werden.

Generalversammlung der ehemaligen Kriegsgefangenen. Die der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener angehörenden Ortsgruppen halten ihre diesjährige Generalversammlung am Sonntag, den 19. Februar 1922, 9½ Uhr im Elisabeth-Garten, Elisabethstr. 30 ab. Den Kernpunkt der Tagung wird das Referat des Vorsitzenden Grosmann bilden, in welchem auch zu dem wesentlichen Problem der Einigung aller Kriegsoffiziersorganisationen Stellung genommen werden soll. Die Stellungnahme zum Wiederaufbau Frankreichs, Kriegsbeschädigtenfragen, internationales Kriegsgefangenenrecht, das soziale Elend als Folge des Krieges, Wiederaufbau der Heimat usw. werden in diesem Referat behandelt werden. In der Diskussion werden die Vertreter der Berliner Gruppen ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen haben. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft, Berlin R. 113, Wichersstr. 34 IV, teilt noch mit, daß sie bereit ist, Gastkarten nach vorheriger Anmeldung an Interessenten abzugeben.

„Krausland und das Kaiserreich“. Unter diesem Titel verhandelt der Österreichisch-Deutsche Volksbund heute 8 Uhr abends im Herrenhaus, Reichstr. 3, eine große öffentliche Versammlung, in der der bekannte Wirtschaftspolitiker Dr. Stöcker aus Wien sprechen wird. Reichstagsabgeordneter Heile (Dem.) spricht über die Aufhebung des Zwangsanges zwischen Österreich und dem Deutschen Reich.

Die deutsche Modeindustrie, die sehr tüchtig ist und dem beginnenden Frühjahr mit allen Hoffnungen entgegensteht, veranstaltet durch den Verband, der ihre idealen Interessen wahrnimmt, einen Begrüßungsabend, der für die zurzeit stattfindende Berliner Frühjahrsmodewoche als Auftakt gedacht war. Auf die Begrüßungsrede des Vorsitzenden, der die Ziele des Verbandes und die Bedeutung seiner Arbeit und seines Weltgedankens der Gediegenheit für die Gesamtheit des Volkes und der Wirtschaft darlegte, erwiderte zunächst der preussische Handelsminister Genosse Siering mit Worten der Zufolge freudiger Unterstützung für die auf Qualitätsarbeit gerichtete Tätigkeit der Industrie. Oberbürgermeister Dr. Böß gab dem Interesse der Reichshauptstadt an der Schaffung einer Berliner Mode im Hinblick auf die Arbeitssteigerung Ausdruck, während der Vorsitzende des Verbandes, Oscar Heimann, eine für das nächste Jahr geplante Ausstellung aller an der Modeindustrie beteiligten Wirtschaftsgruppen ankündigte.

## Berliner Varietés.

Im Wintergarten feiern das bekannte Schmalitz und Kaffeebühne Arbeiter mehr Trümmer. Den Reigen dieser Darbietungen eröffnet Fred Chaher, der sich als „Jancker Köpflinger“ zeigt und es meisterhaft versteht, auf dem schonen Grund seiner Räder das Gleichgewicht zu halten. Die Cincinatis Comp. nicht und singt Sätze, brennende Plakate und andere Dinge mit verblüffender Sicherheit, während Ring und Ring dem Energie Gleichgewichtshilfskräfte verfahren. Hier möge auch das akrobatische Alles der Akt Lisa Erwähnung getan werden, der durch vornehme, durchgeleitete Form ausfällt. Ueber einem großen Reg, das die Halle des Wintergartens überdacht, turnen die vier Bertelios am Red, wobei die durchgehenden sie den weiten Raum, während den Zuschauern ist der Atem nicht. Allgemeines Auffehen

# Das Reichsmietengesetz.

## Am Reichstag hielt gestern Präsident Eöbe folgenden Nachruf auf Konrad Haufmann:

Im beklagender Häufigkeit und rascher Aufeinanderfolge bin ich im letzten Jahre gewunden, langjährige Mitglieder des Reichstages den letzten Abschiedsruhe zu widmen. Diesmal ist es Konrad Haufmann, der Vizepräsident der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung und 30 Jahre Mitglied des Reichstages war, dem dieser Gruß gilt. Die beiden Brüder Konrad und Friedrich Haufmann waren lange Jahre hindurch

## Träger des süddeutschen demokratischen Gedankens

im Reichstag und im Württembergischen Landtag, und Konrad ist es noch lange nach dem Tode seines Bruders vergönnt gewesen, seinem politischen Ideal und seinem geliebten Heimatlande zu dienen. Wenn wir die namhaftesten Personen aufzählen, die um die Wende des Jahrhunderts und im ersten Viertel des neuen Jahrhunderts im deutschen Volke gewirkt haben, wird er immer mit an erster Stelle stehen. Die beiden letzten großen staatsmännischen Werke, die er entscheidend beeinflusste, waren die Verfassung der neuen deutschen Republik und die des württembergischen Freistaates. 32 Jahre hat der sonnige temperamentsvolle Mann seine Schritte in dieses Haus und in diesen Saal gesetzt. Heute sind unsere Gedanken bei ihm in seiner süddeutschen Heimat. In dieser Stunde, wo sein Bild von den Familien verzeht ist, bringen wir ihm die letzte Ehre dar. Vizepräsident Dr. Nieber hat es übernommen, einen Kranz an seiner Bahre niederzulegen. Ich danke ihm und Ihnen für die Ehrung des Verstorbenen. (Abgeordnete und Minister hatten sich erhoben.)

## Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kleine Anfragen.

Abg. Soldmann (L. Soz.) behauptet, der frühere General von Büttig bemühe sich um die Zuerkennung der Reichspension. Auffälligerweise seien die in Frage kommenden Akten verschwinden. — Ministerialdirektor Dr. Falk erklärt, die Akten seien noch vorhanden. Eine abschließende Antwort könne nicht gegeben werden, die nötigen Unterlagen fehlten noch.

Auf eine Anfrage der Abg. Frau Schröder (Soz.) wegen Sicherung der Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Sylt antwortet Ministerialrat Schulz: Mit dem Bau der Eisenbahn von Niebüll nach Westerland ist begonnen. Der Entwurf für den Eisenbahndamm durch das Wattmeer ist aufgestellt. Seine Ausführung erfordert sehr hohe Mittel. Ob und inwieweit die stürmische Witterung der letzten Zeit eine Verflachung des Fahrwassers herbeigeführt hat, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Auf eine andere Frage erwidert ein Regierungsvorsteher: Zur Herstellung von Eierlikör dienten hauptsächlich getrocknete Eier aus China. Deutschland produziert jährlich etwa 6 Milliarden Stück Eier. Sollte sich durch Verwendung von frischen Eiern zu Eierlikör ein Rohstoffmangel herausstellen, dann werde ein Verbot dieser Verwendung erzwungen werden.

## Der Frau Abg. Schuch (Soz.), die auf die Kartoffeln

hinweist, antwortet Ministerialdirektor Dr. Hoffmann vom Reichsernährungsministerium: Die Regierung besitze keine gesetzliche Handhabe, um die Erfüllung der Lieferungsverträge zu erzwingen. Von einer besonderen Feststellung der Bedarfsmengen an Kartoffeln in den einzelnen Städten und Kreisen sei Abstand genommen worden, weil eine solche Maßnahme zunächst eine Erhebung der bereits von den Haushalten beschafften Vorräte voraussetzt hätte. Eine solche Erhebung sei zu kostspielig. Mit dem Eintritt des Frostes sei die Deckung der Mieten zu rasant gewesen. Angesichts der großen Vorratsschwierigkeiten habe das Reichsernährungsministerium selbst bei den Verhandlungen über Lieferungsverträge mitgewirkt, und es sei gelungen, in Pommern, Grenzmark, Brandenburg und Niedersachsen den Abschluß von Lieferungsverträgen von annähernd 1 Million Zentner Kartoffeln zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften und den großen Konsumgenossenschaften, der Hamburger Großhandelsgesellschaft, der Zentrale des Düsseldorfer Reichsoberbandes und dem Magistrat Berlin zustande zu bringen. Seit Anfang Dezember seien insgesamt etwa 170 000 Zentner zum Abrollen gebracht worden. Für die Frühjahrserzeugung werde beabsichtigt, unter weitestgehender Einbeziehung der Genossenschaften und des Handels auf möglichst zahlreiche Abschlüsse von Lieferungsverträgen zwischen Erzeugern und Konsumenten hinzuwirken.

Abg. Frau Schuch (Soz.) fragt ergänzend, was denn die Regierung nun in Wirklichkeit getan habe?

Präsident Eöbe stellt fest, daß das Wort zur Antwort nicht mehr verlangt wird. (Große Unruhe links.)

Auf deutsch-nationale Anfrage erfolgt die Mitteilung der Regierung, daß das Reich beabsichtige, eine Schuhindustrie - A. - G. und eine Deutsche Kleiderwerke - A. - G. zu gründen. Man wolle die bisherigen Arbeiter der Reichsbekleidungsstelle weiterbeschäftigen. Eine Konkurrenz gegen das Kleingewerbe bestehe nicht. Von einer Befreiung der Schuhpolizei sei nie die Rede gewesen. — Dem Abg. Hillein (Romun.) wird erwidert, daß weitere Rohstoffarbeiten im Interesse der Erwerbslosen in Gang gebracht werden sollen.

## Das Reichsmietengesetz.

### (Zweite Lesung.)

Durch die Vorlage wird der Begriff der gewöhnlichen Miete eingeführt. Die Berechnung geht von der Friedensmiete aus, d. h. von

erregt Ideen nicht mit einer Art Gebührentabelle. Sie schreibt gleichzeitig mit beiden Händen in verschiedenen Sprachen, stellt einen Satz auf den Kopf und beginnt gleichzeitig einen anderen vom Ende her zu schreiben, malt mit selbsthätiger Sicherheit und Begeisterung sich als das seltsame Mädchen mit dreifacher Rechtschaffenheit. Von den übrigen Darbietungen möge nach der kommenden Vorstellung Rudolf Riegas gehört werden, der mit einladenden Worten große Erwartungen erregt, und der ukrainischen Langstrubc S. Wasserer, deren Darbietungen vorzüglich in den allgemeinen Rahmen des Programms fallen.

Die Zeitschrift hat einen amerikanischen Regier De Viere produziert, der ein buntes Programm von gut ausgewählten Illusionisten mit aller auch der besten Handhabung nicht ganz ungenügendem Geschicklichkeit abspielt. Einiges ist ja nicht ganz neu, wie z. B. die Variation der lebenden „Kamraut“ „Kra“, von der nicht nur die Äußerer des Illusion zu erzählen wissen. Von den Tänzerinnen des Reduar-Programms seien erwähnt die sehr jugendliche, begabte Hilde Krubt, die keine Proletarin noch unwürdig zu nennen vermag, während der Kontakt der Parrot & ein lediglich artistisches Interesse verdient. Über die Akrobatik gibt die Exor-Gruppe; auch Lebourg' lustig radfahrende Akten seien als beachtenswerte Darbietung genannt.

## Lebensmittelpreise des Tages.

Zutritt: Fleisch ausreichend, Geschäft ruhig, Fische stärker, Geschäft flau. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Schweinefleisch 24 M., Schweinefleisch 25 M., Hammelfleisch 10—22 M., Kalbfleisch 15—24 M., Rindfleisch stand auf 10—21 M., das Pfund, Kalbsbraten 25 M., und Rinderbraten 24 M., Schweinefleisch ebenfalls 24 M., Schabestück 20—24 M., Linsen 29—32 M., Nudeln 24 M., Gulasch 18 M., und Schmalz 26 M. — Margarine 25—34 M., das Pfund. Naturbutter 47—52 M. — Kieler Sprotten 28 M., und Schmalzstückchen 24 M., das Pfund. Rucherhering 3,25 M., das Stück. — Lebende Pflaumen 12 bis 15 M., Schleis 25—32 M., Karpen 25—28 M., Zander 26 M., Barache in Eis 7—10 M., Hechte 18—15 M., Stinte 8,50 M., Gräns Heringe 8 bis 7,50 M. — Rotkohl 7,25—7,50 M., Weißkohl 8,50 M., und Wirsingkohl 4 M., Mohrrüben 2,50 M., Teufelrüben 8,75 M., Zwiebeln 4 M., das Pfund.

dem Mietzins, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandhaltungskosten enthaltene Betrag ist abzuziehen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizkosten für Sammelheizung oder Warmwasserheizung usw. enthalten sind. Die oberste Landesbehörde hat für die abzuziehenden Beträge Hundertsteile der Friedensmiete festzusetzen. Der sich nach Abzug dieser Sätze ergebende Betrag bildet die Grundmiete. Bei Streitigkeiten entscheidet das Mietereinstimmungsamt. Zur Grundmiete treten die Zuschläge für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Befassung des damaligen Grundstückswertes, soweit die Befassung in dem Bezirk, für den der Zuschlag festgesetzt wird, allgemein üblich war. Ferner Zuschläge für die Betriebskosten und für laufende Instandsetzungsarbeiten. Betriebskosten sind für das Haus zu entrichtende Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungsgebühren, die Kosten für eigene und fremde Verwaltungstätigkeit. Als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten nicht die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Daches, der Abzug oder Anfrisch des Hauses im Inneren, der Neuanfrisch des ganzen Treppenhauses im Inneren, die Erneuerung der Heizanlage. Zur Schaffung der Mittel für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Beitrag in einem Prozentsatz der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserbereitung sind getrennt von der gewöhnlichen Miete zu berechnen.

Ein Antrag Herz (Dnat.) fordert die Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfes.

Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärt, die Vorlage wolle die Mietzinsbildung der wirtschaftlichen Kraft des Hausbesitzes anpassen, ohne die Mieter allzusehr zu schädigen. Das Gesetz versuche einen Mittelweg zwischen völliger Freiheit und völliger Zwangswirtschaft zu schaffen. Die Buntschicklichkeit der Mietereinstimmungsentscheidungen soll verschwinden. Die Mieten können nicht so niedrig sein, daß Reparaturen unmöglich werden. Die Mieter müßten ein Mindestbestimmungsrecht erhalten. Häufiger, die wirtschaftlich starke Mieter besitzen, müssen mit einem Teil ihrer Erträge einspringen, um den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Den Ausführungsvorschriften der Länder ist ein weiter Spielraum gelassen.

## Abg. Silber Schmidt (Soz.):

Das Gesetz will den jetzigen Wohnbestand wahren, dem Privatigentümern sein Privatvermögen sichern. Dem Besitzer wird für die Instandhaltung des Hauses Garantie gegeben. Das Gesetz ist keine Sozialisierung des Wohnungswesens. Der Mieter wird nur gegen Auswucherung geschützt.

Das Gesetz macht die Mieterchaft zum Träger der Wohnungswirtschaft; sie hat für die Erhaltung und Verwaltung des Hauses aufzukommen. Uns erscheint deshalb ein Ausbau der Mieterrechte notwendig. Die neue Miete wird sich zusammensetzen aus der Grundmiete, den Betriebs- und Instandhaltungskosten. Ueber die Grundmiete hat der Mieter mitzubestimmen, ebenso bei den Betriebskosten. Wenn der Vermieter dem Mieter bei Häusern mit Zentralheizung die Abrechnung vorlegen muß, warum kann das dann nicht allgemein so gehalten werden? Eine Verweigerung würde dauernden Streit hervorrufen und das Mißtrauen steigern. In vielen Städten, wo sich die Mieter das Recht auf Abrechnung erkämpft haben, würde das Gesetz verbitternd wirken. Das vorliegende Gesetz entspricht nicht unseren Wünschen, doch ist mit seiner Annahme ein Stück sozialer Arbeit geleistet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gullnecht (Dnat.): Das Gesetz ist so, wie es aufgebaut ist, für uns unannehmbar.

## Nur die freie Wirtschaft

kann die Wohnungsnot beheben. Der Entwurf schafft ein Beamtenheer und verursacht ungeheure Kosten. Er stiftet Unfrieden.

Abg. Schlad (Z.) spricht für das Gesetz. Ministerialdirektor Ritter: Im § 153 der Verfassung heißt es: Eigentum verpflichtet! Es handelt sich bei dem Gesetzentwurf um eine Notwendigkeit, die aus dem Kriegselend stammt.

Abg. Benackstein (D. Sp.): Die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ist unmöglich. Die Mieten hätten der Gerdewertung angepaßt werden müssen. Aber man hätte sozialisierende Ideen im Kopf. Die Mieter setzen unter den zu vielen Wohnungsbehörden. Der jetzige Zustand ist schlimm, aber dennoch besser als das, was uns dieses Gesetz bescheren würde. (Sehr wahr! recht.) Den Sozialisten gibt das Gesetz für später die Möglichkeit, den Hausbesitz völlig zu enteignen. Wenn Abg. Schlad sagte, der absolute Eigentumsbegriff müsse verschwinden, so werden viele Kollegen im Zentrum mit ihm nicht einverstanden sein. Wir wollen

## den Eigentumsbegriff veredeln.

Der Entwurf bedeutet einen starken Schritt zur Sozialisierung. Das Recht der Verfügung wandert von der Hand des Eigentümers in die der Behörden. Ohne Annahme unserer Abänderungsanträge können wir nicht für das Gesetz stimmen.

Nach einer Rede des Abg. Kahnt (L. Soz.) verlegt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr: Demokratische Interpellation über den Warenverkehr vom besetzten ins unbesetzte Gebiet. Weiterberatung des Reichsmietengesetzes, um 4 Uhr Abstimmung über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge zur Regierungserklärung. — Schluß 6½ Uhr.

## Die Eisnot-Expedition.

### Der deutsche Kreuzer „Medusa“ zurückgeführt.

Der Kreuzer „Medusa“ ist von seiner Hilfsexpedition nach dem Rigaschen Meerbusen zurückgeführt und in Pillau eingelaufen. Von den im Eise festhängenden Schiffen konnten vier — darunter zwei Dänen — befreit werden. Die andauernde strenge Kälte, durch die das Eis rasch zunahm, machte es dagegen unmöglich, an die übrigen Schiffe heranzukommen. Da auf einnehmen von ihnen der Proviant ausging, beschränkte man sich darauf, Schichtenexpeditionen auszurüsten und die Schiffe ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Während die Schiffe unterwegs waren, nahmen die Eismassen deartig zu, daß der Kreuzer sich in die Seidenstraße und weiter nach Windau zurückziehen mußte. Die Schiffe erreichten inzwischen ihr Ziel und konnten den 80 Kilometer langen Rückweg über das Eis und über Land nach Windau in mehreren Tagen zurücklegen, wobei sie auf bereitwilligste Unterstützung der lettlandischen Behörden stießen.

75 Bergleute durch Kohlenoxydgas befallen. Infolge eines in einem Binschacht der Gleiwitzer Grube ausgebrochenen Stopebrandes wurden 75 in der Grube befindliche Bergleute durch Kohlenoxydgas befallen. Zwei von ihnen mußten in das Anapolyshospital gebracht werden. Die übrigen sind wieder wohlaut. Die Rettungsmannschaften haben die Brandstätte abgedämmt.

Fabrikbrand. Die Delfabrik Fabrik in Radeburg - Zudenburg ist Sonntag nachts vollständig niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Ein starkes Anwachen der Grippe wurde in der vergangenen Woche in Wien festgestellt. Während in der Vorwoche nur 1159 Grippefälle zur Anzeige gelangt sind, sind in der letzten Woche 8370 Grippefälle mit 40 Todesfällen zu verzeichnen gewesen.

Weiterbericht bis Donnerstag mittags. Etwas wärmer, aber niegend sowohl mit Niederdrücken bei frühen westlichen Winden.



